

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 14.21

Presidenza del Presidente Magnani

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto.
Prego procedere all'appello nominale.

PAHL: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.
Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Andreotti, Bezzi, Seppi, Stirner Brantsch e Widmann.
Diamo lettura del processo verbale della seduta precedente.

PAHL: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si considera approvato.

Comunico che il Collegio dei capigruppo ha deciso di sospendere la trattazione del primo punto iscritto all'ordine del giorno e di iniziare l'esame dei punti n. 2, n. 3 e n. 4 dell'ordine del giorno fino alle ore 18.00 di oggi e domani riprendere il disegno di legge n. 10.

Ha chiesto di intervenire il cons. de Eccher. Ne ha facoltà.

de ECCHER: Sull'ordine dei lavori, Presidente, nel senso che non è esatto quello che lei ha riferito, abbiamo deciso di trattare oggi i punti n. 2, n. 3 e n. 4 e di ritrovarci alle ore 18.00 come Capigruppo. Questo era l'accordo, così come l'abbiamo definito.

PRESIDENTE: Va bene, questa è un'ulteriore precisazione.

Passiamo alla trattazione del punto n. 2 dell'ordine del giorno:

DISEGNO DI LEGGE N. 19: Disposizioni per la formazione del bilancio annuale 2005 e pluriennale 2005 - 2007 della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (legge finanziaria) - (presentato dalla Giunta regionale).

La parola al Presidente della Giunta regionale per la lettura della relazione.

DURNWALDER: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete!
Der Bericht zum Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr, den ich Ihnen heute vorstellen darf, weist eine Besonderheit auf: Es ist die erste konkrete

programmatische Maßnahme der „neuen“ Region. Jener Körperschaft also, die auf der Grundlage des Verfassungsgesetzes Nr. 2 aus dem Jahr 2001 und den ersten getrennten Wahlen der Landtage von Bozen und Trient ruht. Und jener Körperschaft, deren Kompetenzen durch das so genannte Delegierungsgesetz, also das Regionalgesetz Nr. 3 vom 17. April 2003, neu geordnet worden sind.

Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2005 ist also ohne Zweifel eine außergewöhnliche Maßnahme, die sich in eine außergewöhnliche Phase einreicht. In eine Phase, in der wir einerseits die Rolle, die Charakteristika und die Funktionen der „neuen“ Region festlegen müssen, in der wir andererseits aber auch bereits mit dem Übergang von Kompetenzen an die beiden Länder befasst sind. Ein Übergang, der nicht nur ein rein juristischer ist, sondern eine ganze Reihe von organisatorischen und personellen Neuordnungen nach sich zieht.

Klar ist, dass in einer solchen Phase des Übergangs notwendigerweise Schwierigkeiten auftreten werden. Klar ist auch, dass wir zu deren Überwindung oft bereits eingefahrene Gewohnheiten aufgeben müssen. Trotzdem glaube ich behaupten zu können, dass wir mit der geleisteten Arbeit zufrieden sein können und dass wir an die Planung der im kommenden Jahr anfallenden Arbeiten mit der gebotenen Sorgfalt herangegangen sind.

Mit Zufriedenheit festzuhalten ist auch: In der Regierung der „neuen“ Region wird die Zusammenarbeit der beiden Provinzen erfolgreich praktiziert. Sicher: wer weiß, wie schwierig Phasen der Eingewöhnung nun einmal sind, der weiß auch, dass Probleme nicht ausbleiben.

(interruzione – Unterbrechung)

GIOVANAZZI: ...Presidente, chiedo un chiarimento, è sempre stata letta in italiano la relazione...

DURNWALDER: ...nella madrelingua del Presidente. E' colpa vostra se avete eletto questa volta un Presidente di madrelingua tedesca!

GIOVANAZZI: ...sì, ma il Presidente Durnwalder sa parlare benissimo anche in italiano, il Presidente della Regione!

DURNWALDER: ...d'accordo, però lei sa che in politica si devono poi anche fabbricare certi principi!

GIOVANAZZI: ...è una novità, non mi è mai successo, chiedevo chiarimenti al Presidente del Consiglio, scusandomi di aver interrotto il Presidente Durnwalder nella lettura della sua relazione, ma chiedevo solo un chiarimento e chiedo scusa se vi ho fatto perdere tempo.

DURNWALDER: ...diritti fondamentali anche dal cons. Nerio Giovanazzi devono essere rispettati e perciò io sono convinto che posso proseguire nella mia madrelingua.

Vor allem dann, wenn es darum geht Institutionen in deren Aufbau zu ändern. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass durch den Wechsel an der Spitze der Region zwischen den beiden Landeshauptleuten der Länder nicht nur die Zusammenarbeit gestärkt, sondern dass daraus ein intensiver und fruchtbringender Austausch von Ideen gefördert wird.

Alle 15 Tage kommt die Regierung zusammen und die Ergebnisse dieser Sitzungen können sich sehen lassen. Denken wir nur an die gemeinsam gesetzten Aktionen gegen die römischen Aushöhlungstendenzen unserer Autonomie. Oder denken wir an die Festlegung einer einheitlichen Strategie in der Europapolitik.

Noch ist es zu früh, um endgültige Schlüsse zu ziehen, doch hat der kontinuierliche Informationsfluss bereits dazu geführt, den Einklang zwischen den beiden Landesregierungen zu stärken. Eine Tendenz, die – so hoffe ich – in Zukunft noch fortgesetzt wird.

Es ist dies meiner Meinung nach der beste Weg, der von einer Region, die so nicht mehr besteht, zu einer neuen Region führt. Einer neuen Region, die auf der freien und überzeugten Mitwirkung der beiden Provinzen ruht. Einer neuen Region, die den Dialog und die Zusammenarbeit der beiden Länder zu ihrem Grundelement macht. Und einer Region, die damit den Autonomiebestimmungen genauso Genüge tut wie den staatlichen und europäischen Normen.

Dabei ist klar, dass sich die Rolle und die Kompetenzen der Region nicht danach bemessen lassen, wie viele Bedienstete sie beschäftigt. Vielmehr geht es darum, dass die Region ihre Stärken dann ausspielt, wenn es um die Unterstützung der Politik der beiden Provinzen und die Interessen des Berggebietes und seiner Bevölkerung geht. Es geht auch darum, dass die Region einen möglichst effizienten Handlungsrahmen für eine dynamische Zusammenarbeit immer dann bietet, wenn es darum geht, die Kräfte der beiden Länder zu bündeln, um gemeinsame Anliegen voran zu bringen. Im Inneren genauso wie auf gesamtstaatlicher oder europäischer Ebene.

Doch lassen Sie mich zu den konkreten Ansätzen kommen und dabei zwei wichtige Umstände unterstreichen.

Zum ersten müssen wir uns mit den Entscheidungen und Maßnahmen auseinander setzen, die der Übergang der Verwaltungsbefugnisse von der Region an die beiden Länder mit sich gebracht hat. Und zwar auf organisatorischer wie auf finanzieller Ebene. Mit letzterem sind wir auch schon beim zweiten Punkt, den wir uns vor Augen halten müssen: Die Ressourcen der Region sind geringer geworden, und dies beeinflusst natürlich auch unsere Entscheidungen und die Form unserer Verwaltung.

Zu Punkt eins, die Delegierungen: Es ist schon fast überflüssig zu unterstreichen, welche Bedeutung der Übergang der Kompetenzen an die Länder hat. Wichtig ist, dass wir die Phase des Übergangs überwinden und die neue Körperschaft Region an die gewandelten Bedingungen anpassen. Fakt ist: Alle vorgesehenen Kompetenzen sind übertragen worden und mit ihnen das Personal und die finanziellen Mittel. Ich bin mir durchaus dessen bewusst, dass ein solch komplexer Übergang nicht völlig reibungslos vonstatten gehen kann. Wir müssen aber auch sehen, dass dieser Prozess gut voran schreitet, dass die

beiden Länder ihre neuen Möglichkeiten bereits heute optimal nutzen und dass der Übergang ohne Trauma für die Bevölkerung oder die beteiligten Beschäftigten über die Bühne gegangen ist.

Das sehen wir nicht zuletzt am Grundbuch- und Katasterwesen, das an die beiden Provinzen übergegangen ist und auch in der Zwischenzeit immer reibungslos funktioniert hat. Auch die Ämter, die für das Kreditwesen, das Genossenschaftswesen und die Handelskammern zuständig waren, sind – zwar mit kleineren Schwierigkeiten – aber ohne nennenswerte negative Auswirkungen übergegangen.

All diese Übergänge verändern die Region in ihren Grundfesten. Und wirken sich natürlich auch auf den Haushalt aus.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Reduzierung der Haushaltsmittel. Wir haben uns daran gewöhnt, Jahr für Jahr einen steigenden Haushalt verwalten zu können. Nun müssen wir einen neuen Weg einschlagen: einen Weg der Einsparungen, der Effizienz, der Beseitigung von allem, was für ein gutes und effizientes Funktionieren der Verwaltung nicht notwendig ist.

Wenn wir in den nächsten Monaten also eine interne Reorganisation angehen, dann tun wir dies nicht nur, weil die Region nun über weniger Kompetenzen verfügt. Wir tun dies vielmehr auch, weil wir uns zum Ziel gesetzt haben, die bei der Region verbleibenden Dienste so effizient wie möglich zu gestalten und die interne Organisation der neuen Rolle anzupassen.

Erlauben Sie mir einen kurzen Einschub, bevor ich auf die Einzelheiten des Haushalts eingehe. Er betrifft die wichtigen Neuerungen im Bereich der Gemeinden, also jener politischen Einheiten, die den Bürgern und deren Anliegen am nächsten stehen. Ich beziehe mich dabei natürlich auf die neue Gemeindeordnung. Klar ist, dass ich hier nicht die lange Diskussion wieder aufrollen werde, die wir in den letzten Tagen in diesem Saal geführt haben. Vielmehr liegt es mir am Herzen, die wichtigsten Neuerungen auf den vier grundlegenden Achsen darzustellen: Neuerungen im Bereich der Wahlen, im Bereich der institutionellen Ausrichtung, im Bereich der Verwaltung und im Bereich der Kompetenzverteilung.

Zum ersten Bereich, den Wahlen, möchte ich in erster Linie die Einführung eines neuen Wahlmodus für die Trentiner Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern erwähnen. Das neue System einer Koppelung des Bürgermeisterkandidaten an die Koalition, die ihn unterstützt, soll verhindern, dass in Zukunft Bürgermeister ohne regierungsfähige Mehrheiten gewählt werden können. Eine Anomalie, die das alte System noch zugelassen hat.

Der zweite Punkt, auf den ich in diesem Zusammenhang verweisen möchte, ist die Vertretung der Frauen in den zu wählenden Gremien. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass die Beteiligung von Frauen an der Gemeindepolitik gering und dies sicher ein Schwachpunkt unserer Demokratie ist. Klar ist, dass die Vorschrift, dass ein Geschlecht nicht mehr als zwei Drittel der Kandidaten auf einer Liste stellen darf, nicht per se dieses Defizit beseitigt. Klar ist aber auch, dass die Regelung einen weiteren Schritt hin zu einer effektiven Gleichstellung von Mann und Frau darstellt.

Auf der zweiten von mir angesprochenen Achse, jener der institutionellen Ausrichtung, gibt es bedeutende Änderungen. So soll den Gemeinderäten und den Bürgern mehr Macht zugestanden werden. Was die Gemeinderäte betrifft, so hat sicher auch die Direktwahl der Bürgermeister dazu beigetragen, dass deren Rolle geschmälert und viele Räte demotiviert wurden. Übrigens völlig unabhängig davon, ob sie nun der Mehrheit oder der Minderheit angehören. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind auch die kleinen Schritte hin zu einem größeren Gewicht für die Gemeinderäte zu begrüßen.

Der zweite Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist die Amtsentschädigung für die Bürgermeister. Ich bin mir bewusst, dass es sich um ein extrem heikles Thema handelt, das Kritiken und Einwände heraufbeschwört. Trotzdem möchte ich anführen, dass die Bürgermeister ein hohes Maß an Verantwortung innehaben und sich letztendlich Tag für Tag an vorderster Front mit den Anliegen und Erwartungen ihrer Bürger auseinandersetzen haben. Und zwar unter dem Vorzeichen enger werdender Spielräume und sinkender Budgets. Dazu kommt schließlich, dass die Bürgermeister viel Zeit und Energie in ihre Aufgabe investieren, die letztendlich für Arbeit und Familie fehlt. Es ist deshalb nicht gerecht, die Bürgermeister auch auf finanzieller Ebene noch zu strafen.

Achse Nummer drei ist die Funktionsweise der Verwaltung. Wir wissen alle, wie wichtig es für eine gute Verwaltung ist, dass die Professionalität der Gemeindesekretäre erhalten wird, gleichzeitig aber auch der Einklang zwischen den Erwartungen der Politik und den Möglichkeiten der Verwaltung gegeben ist. Die Neuregelung löst dieses Dilemma einer guten Verwaltung meiner Meinung nach in einer durchaus brauchbaren Form.

Daneben geht es um die Trennung von politischen und verwalterischen Agenden. Sicher: Grundsätzlich würde diese Trennung Sinn ergeben und wäre theoretisch gerechtfertigt. In der Praxis müssen wir aber immer wieder feststellen, dass eine solche Trennung nicht aufrechterhalten werden kann, vor allem dann wenn es um kleine Gemeinden geht. Ich finde deshalb, dass die Entscheidung, diese Trennung nicht per Gesetz festzuschreiben, die richtige war. So bleibt es den jeweiligen Gemeinden überlassen, die Trennung zwischen den Aufgabenbereichen der Politik und jenen der Verwaltung über ihr Statut selbst zu regeln.

Ich komme zur letzten Achse, jener der Zuständigkeiten. In erster Linie geht es hier um die Anerkennung der Zuständigkeit der Gemeinderäte, ein eigenes Statut für die Gemeinde zu entwerfen, das mit der internen Organisation den jeweiligen Besonderheiten gerecht werden kann.

Schließlich sei hier noch eine Regelung angeführt, die für die Gemeinde zur Erfüllung von deren Aufgaben von besonderer Bedeutung ist. Ich denke an die Möglichkeit des Gemeinderates, über Bauvorhaben zu entscheiden, deren Höchstgrenze von der Größe der Gemeinde abhängt.

Ich will hier die Ausführungen zur neuen Gemeindeordnung schließen, auch weil wir uns in den letzten Tagen bereits ausführlichst damit befasst haben. Der Einschub war aber deshalb notwendig, weil wir damit auch unseren Respekt vor der Leistung der Gemeindeverwaltungen bezeugen. Und zwar aller Verwaltungen, egal ob sie nun einer großen Gemeinde vorstehen oder einer kleinen, einer Stadt oder einer Kleinstgemeinde.

Lassen Sie mich wieder zum Finanzgesetz und zum Haushaltsvoranschlag zurückkehren, die ich hier nicht ins Detail gehend erläutern möchte, auch weil Sie diese den Begleitberichten entnehmen können. Ich möchte vielmehr auf die Begründungen eingehen, die hinter unseren Entscheidungen stehen, und auf deren Zusammenhang mit den gesetzlichen Grundlagen und der Ausstattung mit Finanzmitteln.

Was das Finanzgesetz betrifft, so sind natürlich in erster Linie die Artikel 1 bis 11 hervorzuheben, die sich auf die Ergänzungsvorsorge beziehen. Es sind dies Artikel, die unumgänglich sind, wenn wir das Familienpaket und die Vorschläge zur Vorsorge in der von uns vorgenommenen Form umsetzen wollen. Vorschläge übrigens, die grundsätzlich positiv aufgenommen worden sind, von den wenigen Teilen abgesehen, die Einwände seitens der beiden Provinzen hervorgerufen haben. Es ist dies nicht der richtige Anlass, um diese hochkomplexe Materie im Detail zu erläutern. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, im Teil meines Berichtes, der sich auf die Mittelzuteilung bezieht, nur kurz darauf einzugehen.

Was das Finanzgesetz und besonders die ersten vier Artikel betrifft, so beziehen sich diese auf die Vorsorge. Sie enthalten Maßnahmen, um Tendenzen entgegen zu wirken, die sich in der Südtiroler genauso wie in der Trentiner Gesellschaft bemerkbar machen: dem Altern der Gesellschaft beispielsweise, das wiederum von der ständig sinkenden Geburtenrate einerseits, einer ständig steigenden Lebenserwartung andererseits abhängt, der Zunahme der Anzahl der Alleinerziehenden, der Zunahme der Anzahl jener, die auf kein festes Beschäftigungsverhältnis bauen können, oder auch der noch immer nicht verwirklichten Chancengleichheit.

Die Artikel 1 und 2 zielen auf die Unterstützung jener ab, die zeitweise aus dem Arbeitsleben ausscheiden, um Kinder zu erziehen oder sich pflegebedürftiger Angehöriger anzunehmen. Ihnen soll eine Fortzahlung der Pensionsbeiträge ermöglicht werden. Artikel 3 schreibt wiederum jene Kategorien fest, denen das Familiengeld zusteht, Artikel 4 sieht Finanzierungen für jene vor, die ihre Versicherungsbeiträge beim Nationalen Fürsorgeinstitut INPS fortzahlen wollen, auch wenn sie zeitweise keiner Arbeit nachgehen.

Die Artikel 5 und 6 sehen eine Aktualisierung der Renten vor, die an Menschen ausgezahlt werden, die an Asbestose, Silikose bzw. berufsbedingter Taubheit leiden. Im Artikel 7 wiederum nehmen wir uns derjenigen an, die in Ländern gearbeitet haben, die keine entsprechenden Sozialversicherungsvereinbarungen mit Italien eingegangen sind. Ihnen soll die Möglichkeit gegeben werden, die im Ausland verbrachten Jahre nachträglich zu versichern. Artikel 8 enthält reine technische Anpassungen, während im darauf folgenden Artikel die Gewährung von Beiträgen geregelt wird, um in den Genuss einer vom Nationalen Institut für Sozialfürsorge gewährten Pension zu kommen. Diese sind an eine mindestens fünfjährige Ansässigkeit in der Region geknüpft. Die letzten beiden Artikel zur Vorsorge enthalten Bestimmungen in Bezug auf die mit dem Regionalgesetz Nr. 19/1993 eingeführte „Regionalzulage zugunsten der Arbeitslosen, die in den Mobilitätsverzeichnissen der Provinzen eingetragen sind, und Bestimmungen auf dem Gebiet der ergänzenden Vorsorge“ sowie zur Übergangsphase, die bis zum In-Kraft-Treten der erwähnten Artikel notwendig sein wird.

Kommen wir zu den Artikeln, die sich nicht auf die Vorsorge beziehen, trotzdem aber von einem bestimmten Interesse sind. Beispielsweise die Artikel 12 und 13, die die Öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen betreffen. Zu nennen ist vor allem letzterer Artikel. Er sieht eine Neuausstattung jenes Kapitels vor, das die Ausgaben für die Liegenschaften umfasst, die zu Betreuungszwecken genutzt werden.

Die beiden folgenden Artikel sind den Friedensrichtern gewidmet. So sieht Artikel 14 neue Bestimmungen im Bereich der Weiterbildung vor, Artikel 15 regelt die Unterstützung der Gemeinden bei der Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten.

Artikel 16 greift die wichtigsten Neuerungen im Bereich des Gesellschaftsrechtes für die Genossenschaften auf, während Artikel 17 einige technische Änderungen am Einheitsfonds für die Finanzierung der den Provinzen übertragenen Befugnisse vorsieht.

Die im Finanzgesetz vorgesehenen Neuerungen erlauben es uns, unsere Finanzmittel so zu verwenden, wie es im Haushaltsvoranschlag vorgesehen ist. Und zwar so effizient wie möglich, unabhängig davon, ob es sich um die Geldmittel handelt, die direkt von der Region verwaltet werden, oder um jene, die für die beiden Länder bestimmt sind.

Nun zu Punkt zwei: dem Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2005.

Ich habe schon eingangs darauf hingewiesen, dass uns im kommenden Jahr um sechs Prozent weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen werden als im laufenden Jahr. Waren es heuer insgesamt 326.000.000,00 Euro, werden es 2005 "nur noch" 306.000.000,00 Euro sein.

Dabei sind allein jene Haushaltseinnahmen, die nicht aus Steuereinnahmen kommen, für das Schrumpfen des Budgets verantwortlich. Die Steuereinnahmen, die mit 94,04 Prozent des Gesamtbetrages nach wie vor die tragende Säule des Haushalts der Region darstellen, haben nicht abgenommen; im Gegenteil, es konnte eine Steigerung um 1,76 Prozent von 283.600.000,00 Euro auf 288.600.000,00 Euro verzeichnet werden.

Für die übrigen Einnahmen muss leider ein entgegen gesetzter Trend verzeichnet werden: Sie sind um 57,33 Prozent, und zwar von 42.888.000,00 Euro auf 18.301.000,00 Euro zurückgegangen. Ich möchte Sie, werte Abgeordnete, daran erinnern, dass dieser Rückgang in erster Linie als Folge des Übergangs von bisher regionalen Zuständigkeiten an das Land Südtirol und das Trentino ist: die Kataster- und Grundbuchsgebühren, die Einnahmen für die Rückerstattung von Kapitalanteilen und Zinsen aus der Verwaltung der Rotationsfonds zur Förderung und Entwicklung des Genossenschaftswesens und für die Auszahlung von Darlehen an die örtlichen Körperschaften fließen nun in die Landeskassen. Demnach ist diese Entwicklung als normal anzusehen und wir müssen uns damit abfinden, dass die Einnahmen auch in Zukunft bestenfalls gleich bleiben. Diese neue Lage wird sich notgedrungenenerweise auf unsere Ausgabenplanung auswirken, ebenso wie auf unsere Entscheidungen und Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Verringerung der zur Verfügung stehenden Geldmittel uns nicht nur zu Einsparungen gezwungen hat. Im Gegenteil, für einige Bereiche haben wir auch beachtliche

Erhöhungen vorgesehen, weil wir Maßnahmen und Schritte in diesen Bereichen eine vorrangige Bedeutung beigemessen haben. Hervorheben möchte ich den Bereich der Friedensrichter, für den die Haushaltsansätze für das Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass mit Januar 2002 die Zuständigkeit der Friedensrichter auf den strafrechtlichen Bereich ausgedehnt wurde; somit kann das Friedensgericht nun mit häufig begangenen Straftaten wie Körperverletzung, Beleidigung, Verleumdung und Sachbeschädigung befasst werden. In der Folge wurde diesen ehrenamtlichen Richtern eine weitere Zuständigkeit übertragen: Sie können die vom Quästor vorgenommene Ausweisung ausländischer Zuwanderer aus dem Staatsgebiet bestätigen.

Dies erfordert nicht nur eine Anpassung der entsprechenden Stellenpläne, sondern auch umfassende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, wofür ein Einvernehmensprotokoll mit der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Trient unterzeichnet worden ist. Im Sinne dieser Vereinbarung werden die Friedensrichteranwälte im Rahmen der vorgeschriebenen Ausbildung eine halbjährige theoretische Schulung durchlaufen, die durch ein Praktikum in den Gerichtsämtern vervollständigt wird. Dadurch und durch die Aufstockung des Personals soll der Dienst wirkungsvoller werden.

Was die Effizienz und Funktionalität angeht, möchte ich auch darauf hinweisen, dass im Laufe des Jahres 2005 die Friedensgerichte an das Netz der öffentlichen Verwaltung und das „Netz der Justiz“ angeschlossen werden, womit ein telematischer Datenaustausch möglich wird. Auch werden im kommenden Jahr Mediationszentren in Trient und Bozen ihre noch junge Tätigkeit weiter führen; diese im vergangenen Juni gestartete Initiative ist italienweit einzigartig.

Nun möchte ich aber zum wichtigsten Maßnahmenbündel der Region kommen: die Ergänzungsvorsorge. Ohne im Hinblick auf Familienpaket und Welfare-Reform wiederholen zu müssen, worüber auch die Medien in den vergangenen Monaten schon mehrfach berichtet haben, möchte ich nur die Bemühungen der Region hervorheben: Mit einem Haushaltsansatz 2005 von beachtlichen 55.000.000,00 Euro und weiteren 80.000.000,00 Euro für die Jahre 2006 und 2007 sollen eine menschenwürdige Rente sowie die wirtschaftliche Unterstützung der Familien gesichert und den Frauen größere Freiheit in ihren Entscheidungen zugestanden werden.

Wie Sie bereits wissen, ist die so genannte Welfare-Reform in vier grundlegende Bereiche gegliedert.

Der erste Bereich betrifft die Rentenabsicherung für Zeiträume, in denen Kinder gepflegt und betreut werden. Für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten soll ein Beitrag von bis zu 3.500,00 Euro gewährt werden. Von dieser Maßnahme sind Rentenempfänger und öffentliche Bedienstete, die bereits abgesichert sind, ausgeschlossen.

Der zweite Bereich regelt die Rentenabsicherung für Zeiträume, in denen schwere Pflegefälle von Familienangehörigen zu Hause betreut werden. Diese Zuwendungen werden so lange gewährt, als eine Betreuung in den eigenen vier Wänden notwendig und möglich ist. Auch in diesem Fall wurde der jährliche Höchstbetrag auf 3.500,00 Euro festgelegt. Die Beiträge werden nur für Arbeitsabwesenheitszeiten zur Pflege schwerkranker Familienangehöriger gewährt. Sie stehen also denjenigen Personen zu, die eigenen Kinder oder

schwerkranke Familienangehörige Zuhause betreuen, wenn die pflegende Person nicht erwerbstätig, teilzeitbeschäftigt oder im Ruhestand ist.

Ein weiterer Bereich beschäftigt sich mit der Rentenabsicherung für atypische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Es handelt sich dabei um Erwerbstätige mit befristeten Verträgen, den so genannten „Co.co.co.-Verträgen“, den Projektarbeitern und Projektarbeiterinnen und anderen Erwerbstätigen ohne Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung. In diesem Fall ist die Beitragsdauer auf sechs Monate im Jahr und 33 Monate im gesamten Arbeitsleben beschränkt, die maximale Betragshöhe liegt bei 1.780,00 Euro.

Der vierte und letzte Bereich schließlich beinhaltet die Neuerungen in Sachen Familiengeld. Das neue Familiengeld, das Geburtengeld, Betreuungszulage und die derzeitige Ergänzung des Familiengeldes umfasst, wird künftig bereits ab dem zweiten Kind ausbezahlt, nicht wie bisher ab dem dritten; die Einkommensstufen wurden erweitert. Familien mit behinderten Kindern können diese Zuwendung bereits ab dem ersten Kind in Anspruch nehmen. Unterschieden wird künftig auch zwischen Familien mit allein erziehenden beziehungsweise mit beiden Elternteilen: die Zuwendungen werden unterschiedlich bemessen.

Neben diesen neuen Maßnahmen wollen wir die regionale Einrichtung für Ergänzungsvorsorge „Pensplan“ weiter fördern. Mit Zuweisungen von 25.823.000,00 Euro an das Zentrum für regionale Zusatzrenten werden wir die Schaffung und die Verwaltung der Rentenfonds im gleichen Ausmaß wie in den vergangenen Jahren unterstützen. Wir haben auch beschlossen, das Haushaltskapitel 2050 neu zu dotieren; mit dem Geld werden Bauten und Ankäufe für Fürsorgetätigkeiten finanziert, auch jene der Gemeinden und der Bezirksgemeinschaften.

Aufgestockt wurde auch das Kapitel „Vermögen“: Mit insgesamt 9.800.000,00 Euro, das sind 7,69 Prozent mehr als 2004, sollen neue Sitze für Grundbuch und Kataster verwirklicht werden, und zwar in Durchführung eines Umstrukturierungsprotokolls, das bereits vor einiger Zeit unterzeichnet wurde. Darüber hinaus sollen die Ämter der Friedensgerichte besser untergebracht und Instandhaltungsarbeiten am Amtsgebäude der Region in Trient in der Via Gazzoletti durchgeführt werden. Dies ist, wie sie wissen, nach den Plänen des Architekten Adalberto Libera erbaut worden.

Von den Kapiteln, deren Ansätze verringert wurden - aber nicht infolge eines Übergangs von Kompetenzen -, ist vor allem das Kapitel für die europäische Integration, die Minderheiten und die humanitäre Hilfe und für die Maßnahmen von regionalem Interesse zu erwähnen. Die Verringerung um 6,93 Prozent bei einem Ansatz von 11.700.000,00 Euro wird es uns aber dennoch erlauben, ein Bündel kultureller und humanitärer Maßnahmen zu unterstützen, die der Region ein Anliegen sind.

Eines der grundlegenden Ziele der „neuen“ Region ist es, vermehrt auf europäischen Initiativen zu setzen, und zwar im Rahmen einer effektiven interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Wir wollen die Regionen im Lichte des europäischen Einigungsprozesses stärken und Europa den Bürgern immer näher bringen. Mit diesen gemeinsamen Anstrengungen sollen die Kontakte zwischen den beiden autonomen Provinzen vertieft werden und mit den

Regionen, welche ebenfalls Gesetzgebungsbefugnisse haben, gemeinsame Projekte ausgearbeitet werden. Hierzu ist es von äußerster Wichtigkeit, alle gesellschaftlichen Kräfte in unsere Bemühungen zur Sensibilisierung der Bürger und zur Bildung eines Europabewusstseins mit einzubeziehen. Dieses Ziel verfolgen wir direkt und auch indirekt, indem wir entsprechende Initiativen anderer Organisationen fördern. Vor allem Jugendliche sollen dabei unsere Ansprechpartner sein. Auf diese Weise können auch soziale, kulturelle und institutionelle Kontakte mit den Ländern der erweiterten Europäischen Union intensiviert werden. So können ein zunehmender Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit den Organisationen stattfinden, die sich mit interregionaler und grenzüberschreitender Kooperation befassen. Außerdem werden Studententätigkeiten und wissenschaftliche Forschungen sowie Initiativen unterstützt, die der Bevölkerung in der Region helfen sollen, die Mechanismen zu verstehen, welche die jüngsten Entwicklungen im Bereich der europäischen Institutionen regeln. In diesem Rahmen sollen Themen wie Föderalismus, Regionalismus, grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit, Wahrung der kulturellen Eigenarten, Schutz der Sprachminderheiten und Frieden vertieft werden.

Der Schutz der Sprachminderheiten stellt, wie gesagt, eine weitere Verpflichtung dieser Regierung dar. Sie beabsichtigt, ihren Einsatz der Förderung der sprachlichen Minderheiten im Gebiet der Region fortzuführen. Dazu unterstützt sie Vereinigungen, die sich mit besonderem Einsatz der Wahrung und Aufwertung der Kultur und der Sprache der Minderheiten widmen. All dies wird durch die Veranstaltung von Seminaren und Tagungen gefördert, die dazu geeignet sind, die verschiedenen praktischen und wissenschaftlichen Erfahrungen auszutauschen.

Ein weiteres wichtiges Thema, das uns auch im kommenden Jahr beschäftigen wird, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Südtirol, dem Trentino und dem Bundesland Tirol. Wir konnten dabei bereits bemerkenswerte Erfolge verzeichnen. Wir werden diesen Weg der institutionellen Zusammenarbeit verstärkt beschreiten.

Ein zweiter Bereich, in dem Kürzungen vorgenommen werden, ist der der örtlichen Körperschaften und Wahldienste, wobei der Betrag von 12.937.000,00 Euro auf 5.990.000,00 Euro herabgesetzt worden ist. Es handelt sich hierbei um eine bedeutende Verringerung von 53,70 Prozent. Ermöglicht wurde dies vor allem durch die Herabsetzung des Betrages von 10.330.000,00 Euro auf 2.330.000,00 Euro in jenem Kapitel, das für die Ausgaben für die Gewährung von Beiträgen bestimmt ist, die den Zusammenschluss und den Verbund von Gemeinden in der Region fördern sollen. Trotz dieser Verminderung wurden die Beträge im Kapitel für die Wahl der Gemeinderäte aufgrund der bevorstehenden Gemeindewahlen im Frühjahr 2005 um 1.944.000,00 Euro erhöht.

Wegen des Übergangs eines Teils der Bediensteten an die beiden Provinzen sank vor allem der Betrag im Kapitel bezüglich des Personals um 52,92 Prozent, d.h. von 50.242.000,00 Euro auf 23.656.300,00 Euro. Demzufolge sind auch die Lasten für die Finanzdienste, also der Betrieb der Ämter, Versicherungen, Post- und Telefonspesen, beträchtlich gesunken, und zwar um 28,46 Prozent von 9.951.000 Euro auf 7.119.000 Euro.

Zudem werden im Haushaltsvoranschlag 2005 sämtliche Kapitel auf Null gesetzt, welche im direkten Zusammenhang mit dem Übergang der Zuständigkeiten stehen. Ich beziehe mich, wie ich eingangs bereits gesagt habe, auf die Kapitel für das Kredit- und Genossenschaftswesen, für die Handelskammern sowie für das Grundbuch und den Kataster. Hingegen wurde eine neue Rubrik für die Finanzierung der den autonomen Provinzen übertragenen Befugnisse eingeführt; darin ist ein Ansatz in Höhe von 139.150.000,00 Euro vorgesehen, was 36,94 Prozent des Haushalts ausmacht.

Dies ist in großen Zügen der neue Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2005. Er veranschaulicht die veränderte Rolle der Körperschaft und den neuen finanziellen Rahmen, der auch uns dazu verpflichtet, die Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Es handelt sich aber dennoch um einen Haushaltsplan, durch den die Projekte der Regionalregierung angemessen finanziert und die neuen Aufgaben der Körperschaft Region aufs Beste erfüllt werden können.

Wenn in meinem Bericht einige Themen nicht behandelt wurden, erinnere ich Sie alle an die Verpflichtungen, die ich zum Zeitpunkt der Einsetzung der Regionalregierung eingegangen bin.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass auch dieser Haushaltsvoranschlag einen bedeutenden Qualitätssprung in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Provinzen darstellt. Wir haben ein neues Kapitel in der Geschichte unserer Autonomie aufgeschlagen, beruhend auf der Partnerschaft zwischen Südtirol und Trentino, und zwar nach dem Motto - wie ich des Öfteren wiederholt habe - „Bozen mit Trient und Trient mit Bozen“. Im Alltagsleben, in der Wirtschaft, in den Beziehungen mit den anderen Regionen, im Schutz und bei der Anpassung der Autonomie infolge der Weiterentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene stellt die Region einen Rahmen für den Dialog zwischen Partnern mit gemeinsamen Interessen dar.

Der Einsatz aller politischen Kräfte sollte letztendlich darauf zielen, die Region zu einer schlanken und effizienten Plattform zu machen. Einer Plattform, auf der in Zusammenarbeit der beiden Länder klare gemeinsame Ziele verfolgt werden.

(Egregio Signor Presidente, Signore e Signori Consiglieri,

quella che presentiamo oggi può essere considerata la prima vera manovra programmatica riferita al nuovo ente Regione così come è uscito dalla legge costituzionale n. 2 del 2001, che prevede l'elezione diretta dei due consigli provinciali anziché di quello regionale, e dalla legge regionale n. 3 del 17 aprile 2003 relativa al passaggio delle deleghe amministrative alle Province autonome.

Si tratta quindi di una manovra del tutto straordinaria che si colloca in una fase inevitabilmente delicata. Ci troviamo infatti nella necessità di gestire contemporaneamente sia la definizione del ruolo, delle caratteristiche e delle funzioni della nuova Regione, sia le operazioni concrete di trasferimento alle Province non solo delle deleghe amministrative intese come mere attribuzioni giuridiche ma anche del relativo personale e della riorganizzazione logistica e funzionale che ciò richiede.

Sono consapevole che in momenti di passaggio così importanti dobbiamo affrontare difficoltà inevitabili e qualche volta anche superare abitudini molto consolidate. Tuttavia, colgo questa importante circostanza per sottolineare che

ci possiamo ritenere soddisfatti del lavoro compiuto e che abbiamo predisposto con cura e con serietà gli interventi previsti per il prossimo anno.

Dal punto di vista del ruolo della nuova Regione voglio subito precisare che la collaborazione registrata in seno alla Giunta tra le due Province è un dato ormai acquisito che sottolineo con soddisfazione. Certo vi sono state delle difficoltà perché sappiamo quanto siano complicati i "rodaggi", soprattutto quando si tratti di modificare l'assetto delle Istituzioni. Tuttavia sono convinto che l'alternanza alla guida della Regione dei Presidenti delle due Province costituisca una condizione importante per favorire la collaborazione e un intenso e costruttivo scambio di idee.

La Giunta si è riunita ogni 15 giorni e i risultati hanno cominciato a farsi vedere: pensiamo solo all'azione congiunta per la salvaguardia dell'autonomia rispetto ad alcuni atteggiamenti preoccupanti del Governo oppure alla definizione di un indirizzo comune nelle politiche europee. E' evidente che è ancora presto per tirare conclusioni definitive, tuttavia l'informazione reciproca ha permesso il miglioramento della sintonia tra le due Giunte: un miglioramento che spero possa in futuro crescere ulteriormente.

Credo che questo sia il modo migliore per passare da una Regione che ormai non c'è più ad una Regione che dovrà essere costruita attraverso la libera e convinta adesione delle due Province. Una nuova Regione che richiede capacità di dialogo e di far proprio il principio fondante della collaborazione tra la realtà sudtirolese e quella trentina. Una Regione, dunque, che sappia corrispondere alle norme autonomistiche, al contesto dello Stato nazionale e al quadro europeo.

Il ruolo e il percorso dell'ente Regione non si misurano sul numero dei dipendenti, ma con altri indicatori e su altri temi: la Regione sta lavorando per valorizzare le sue competenze a supporto dell'attività di governo delle due Province e nell'interesse della popolazione.

Quel che oggi può essere considerato come acquisito è che la Regione dovrà garantire una cornice efficiente per una cooperazione dinamica e convinta tra le due Province autonome ogni qualvolta sarà richiesto di unire le forze e di rappresentare assieme gli interessi delle nostre specialità sia al nostro interno che verso la dimensione nazionale ed europea.

Entrando più nel merito della questione, credo vadano sottolineate altre due circostanze importanti.

Innanzitutto dobbiamo misurarci con le scelte e i provvedimenti concreti resi necessari dal passaggio alle Province delle deleghe amministrative e con i loro effetti sul piano organizzativo e su quello finanziario. In secondo luogo dobbiamo prender atto che anche le risorse della Regione sono diminuite e questo non è cosa da poco per le nostre scelte e per il nostro modo di gestire l'Amministrazione.

Dal primo punto di vista, quello delle deleghe, è quasi superfluo sottolineare quanta importanza abbia avuto questo passaggio che deve vederci impegnati a superare la situazione preesistente e a ricercare un nuovo modo d'essere dell'Ente Regione. Tutte le funzioni delegate sono state trasferite e con esse il personale e le relative risorse finanziarie. Sono consapevole che un passaggio così complesso non può essere totalmente indolore e privo di complicazioni. Posso tuttavia affermare che le cose procedono complessivamente bene e che

le due Province autonome hanno saputo accogliere le nuove responsabilità nel modo migliore e senza traumi soprattutto per le persone.

Il Catasto e il Fondiario sono oggi incardinati sulle due Province e non hanno mai smesso di funzionare in modo efficiente. Sono passati alle Province gli uffici che si occupavano di credito, cooperazione e camere di commercio, con qualche disagio ma comunque in modo compiuto e senza ripercussioni di rilievo. Questo evidentemente richiede una vera e propria metamorfosi anche nell'organizzazione della Regione e ciò non può che avere riflessi importanti sulla stessa impostazione del bilancio.

La seconda circostanza a cui facevo riferimento è la riduzione delle risorse. Per molti anni siamo stati abituati ad una costante crescita delle entrate dell'autonomia e questo ci ha consentito di raggiungere risultati importanti ma ha innestato una logica che nel nuovo scenario non può più continuare. Quindi dobbiamo porci seriamente gli obiettivi dell'efficienza, del risparmio, della eliminazione di tutto ciò che non è più strettamente necessario o non è utile al buon funzionamento dell'Amministrazione. Questo significa che la riorganizzazione interna che dovremo effettuare nei prossimi mesi non è solo il risultato delle minori competenze amministrative di cui disponiamo, ma anche della volontà di fare quanto ci è possibile per migliorare la qualità dell'Ente regione e la sua capacità di rispondere alle sue nuove funzioni.

Prima di entrare nel merito della manovra finanziaria, desidero fare un richiamo ad un provvedimento estremamente importante per il funzionamento dei nostri Comuni, le realtà più vicine ai cittadini e ai loro bisogni. Mi riferisco, come è ovvio, alla legge che detta nuove norme sull'ordinamento dei Comuni. Non riaprì il lungo dibattito che si è svolto nei giorni scorsi in quest'aula. Quel che mi preme è mettere in evidenza le rilevanti innovazioni che vengono introdotte sui quattro versanti fondamentali del meccanismo elettorale, dell'assetto istituzionale, della funzionalità amministrativa e della titolarità delle competenze. Per il primo versante, quello elettorale, voglio qui sottolineare l'importanza di avere introdotto per i Comuni trentini sopra i 3.000 abitanti il voto congiunto tra candidato sindaco e la coalizione che lo sostiene. La possibilità che si verifichi, come successo, che siano eletti Sindaci senza maggioranza rende del tutto evidente l'anomalia del meccanismo preesistente e quindi la necessità di porvi rimedio.

Altro passaggio significativo riguarda la presenza delle donne negli organi elettivi. E' risaputo quanto sia bassa la partecipazione femminile alla vita delle amministrazioni comunali e questo rappresenta un punto debole della nostra stessa democrazia. Aver previsto che un solo genere non possa superare i due terzi dei candidati presenti in lista non risolverà automaticamente un deficit che ha molte altre concause, ma rappresenta sicuramente un importante passo avanti verso le pari opportunità tra uomo e donna.

Il secondo fronte è quello istituzionale. Anche in questo caso le novità sono importanti a cominciare dalla necessità di dare più potere ai cittadini e ai Consigli comunali. Soprattutto in questo secondo caso l'elezione diretta dei Sindaci ha messo in sottordine il ruolo del Consiglio e talvolta ha demotivato i Consiglieri comunali di maggioranza come quelli di minoranza. Per questa ragione anche piccole scelte che diano comunque più forza e ruolo ai Consigli comunali vanno adeguatamente considerate e accolte con favore.

L'ultimo punto relativo all'assetto istituzionale riguarda l'indennità dei Sindaci. Mi rendo conto che è un tasto estremamente delicato, che può suscitare obiezioni e critiche. Sento tuttavia il dovere di sottolineare che i Sindaci sono esposti a responsabilità rilevanti e sono tutti i giorni in trincea nel difficile compito di rispondere alle esigenze e alle aspettative dei cittadini. E tutto questo con vincoli sempre più rilevanti e con risorse sempre più contenute. A ciò si aggiunga che un amministratore che sottrae moltissimo tempo e moltissime energie al proprio lavoro e alla propria famiglia per dedicarsi alla politica, non può essere penalizzato anche sul fronte della contropartita finanziaria che deriva dal suo incarico.

Sul terzo versante, quello della funzionalità amministrativa, l'importanza delle modifiche è di tutta evidenza. Innanzitutto sappiamo quanto sia rilevante per una buona amministrazione salvaguardare la professionalità dei Segretari comunali e nel contempo garantire la coerenza con le aspettative della politica e con le esigenze di efficacia ed efficienza dell'azione amministrativa. La norma risolverebbe, penso in modo adeguato, questa fondamentale esigenza di buona amministrazione.

Altro punto rilevante riguarda la distinzione delle funzioni tra poteri di indirizzo politico e responsabilità di gestione. Sul piano dei principi questa distinzione ha una sua logica e una sua precisa giustificazione. Tuttavia sul piano pratico, abbiamo in più occasioni constatato quanto sia difficile e problematico applicarla, soprattutto nei piccoli Comuni. Quindi ritengo sensato e opportuno decidere che non ci sia una rigida e predeterminata separazione delle funzioni fissata per legge, ma che il tutto sia affidato alla responsabilità del Comune attraverso una specifica disposizione del proprio Statuto.

Riguardo l'ultimo versante, quello delle competenze, credo che vada ricordata innanzitutto la potestà riconosciuta ai Consigli comunali di approvare autonomamente lo Statuto che regola in modo autonomo e legato alle singole realtà importanti ambiti della propria organizzazione interna. Infine voglio ricordare una modifica relativa ad un aspetto specifico, ma di sicuro rilievo per la capacità dei Comuni di rispondere alle proprie responsabilità di gestione del territorio. Mi riferisco alla possibilità affidata al Consiglio comunale di approvare opere pubbliche al di sopra di un certo importo che cambierà a seconda delle dimensioni del Comune.

Non voglio aggiungere altro, visto che su questi argomenti ci siamo già trattenuti lungamente, salvo ribadire che le nostre municipalità, anche quelle più piccole, meritano grande rispetto e tutta la nostra attenzione proprio per il fatto di essere il livello istituzionale più vicino ai cittadini e per la loro indispensabile funzione di presidio del territorio: delle città come dei centri più sperduti delle nostre valli.

Passo ora alla parte più specifica del mio intervento affrontando sia quanto disposto dalla manovra finanziaria, sia i contenuti del bilancio di previsione 2005 e pluriennale 2005-2007.

Non entrerò nel merito tecnico delle proposte che lascio alle relazioni accompagnatorie dei due provvedimenti. Quello che mi interessa è mettere in evidenza il significato delle scelte e come queste si leghino alle disposizioni normative e alle previsioni finanziarie.

Per quel che riguarda la legge finanziaria di bilancio, gli interventi più rilevanti sono quelli previsti dagli articoli che vanno dal 1 all'11 e che riguardano

importanti disposizioni nell'ambito della previdenza integrativa. Si tratta di articoli indispensabili per mettere in atto quanto previsto dalla riforma del pacchetto famiglia e dalle norme di previdenza presentate in Giunta nei giorni scorsi. Proposte che sono state accolte complessivamente con favore, salvo che per alcune parti che hanno suscitato obiezioni da parte delle due realtà provinciali in qualche caso anche in contrasto tra di loro. Non credo che in questa sede sia il caso di approfondire una materia tanto complessa, anche se nella parte della mia relazione dedicata alle spese farò qualche breve richiamo di merito.

Entro quindi nel vivo della proposta di legge finanziaria, sottolineando che i primi quattro articoli della parte riferita alla previdenza contengono le norme necessarie per rispondere alle preoccupanti linee di tendenza che caratterizzano anche la società sudtirolese e trentina. Mi riferisco in particolare alla costante riduzione del tasso di natalità, a cui fa riscontro l'aumento dell'aspettativa di vita; all'aumento delle famiglie mononucleari, alla precarizzazione del mondo del lavoro, agli svantaggi che ancora oggi interessano il mondo femminile.

Con gli artt. 1 e 2 si intendono approntare misure che consistono rispettivamente nel sostenere la contribuzione ai fini pensionistici delle persone che si astengono dal lavoro per dedicarsi alla cura dei figli e per prestare assistenza a familiari gravemente non autosufficienti. L'art. 3 individua le categorie di soggetti cui corrispondere un assegno per il nucleo familiare, mentre l'art. 4 eroga finanziamenti per il sostegno della contribuzione volontaria presso l'INPS per periodi non coperti da contribuzione figurativa, nei confronti dei lavoratori discontinui.

Con gli artt. 5 e 6 si opera un aggiornamento delle rendite previste per i soggetti affetti da silicosi ed asbestosi e da sordità da rumori. L'art. 7 apporta i necessari adeguamenti alla legge regionale n. 14 del 1976 per consentire a soggetti espatriati per motivi di lavoro in Paesi esteri privi di convenzioni con l'Italia in materia di assicurazioni sociali, di riscattare il periodo di lavoro prestato. L'art. 8 prevede meri aggiustamenti tecnici, mentre il successivo subordina la concessione del contributo ai fini della pensione INPS al possesso della residenza quinquennale in Regione. Gli ultimi due articoli riguardanti la previdenza dettano norme rispettivamente riguardo ai beneficiari della legge regionale 19/1993 "Indennità regionale a favore dei lavoratori disoccupati inseriti nelle liste provinciali di mobilità e disposizioni in materia di previdenza integrativa" e al regime transitorio necessario per l'entrata in vigore degli articoli fin qui indicati.

Passando alle disposizioni della proposta di legge finanziaria che non concernono la previdenza, di un certo interesse sono gli articoli 12 e 13 che riguardano le IPAB. In particolare quest'ultimo prevede il rifinanziamento del capitolo relativo alle spese per immobili destinati ad attività assistenziali. I due successivi articoli interessano i giudici di pace e si riferiscono rispettivamente alle attività di aggiornamento e di miglioramento professionale (art. 14) ed agli interventi a favore dei Comuni per l'apprestamento delle sedi (art. 15). Con l'art. 16 si dà risposta alle questioni più urgenti poste alle cooperative dalla riforma del diritto societario, mentre con gli ultimi due articoli vengono apportate alcune modifiche tecniche al fondo unico per il finanziamento delle funzioni delegate alle Province autonome di Trento e di Bolzano.

Le disposizioni previste dalla legge finanziaria consentono di rendere pienamente operativo il bilancio e di utilizzare al meglio sia le risorse che permangono direttamente in capo alla Regione sia quelle destinate alle due Province.

A questo punto passo al secondo provvedimento: la proposta di bilancio di previsione 2005.

Ho già accennato in apertura che l'entità complessiva delle risorse ha avuto una sensibile riduzione (il 6%) il che significa passare da 326.000.000 di euro del 2004 a 306.000.000 di euro del 2005.

A questo proposito è opportuno sottolineare che a ridurre l'entità complessiva delle risorse disponibili sono state solo le entrate extratributarie. Quelle tributarie che con il loro 94,04% sul totale costituiscono l'asse portante del bilancio regionale non sono diminuite: anzi hanno registrato un incremento dell'1,76% passando da 283.600.000 euro a 288.600.000 euro.

Sensibilmente diverso è stato invece l'andamento delle entrate extratributarie che hanno segnato un calo del 57,33% passando da 42.888.000 euro a 18.301.000 euro. Ricordo ai sigg. Consiglieri che questo calo è dovuto sostanzialmente al passaggio alle Province dei tributi catastali e dei diritti tavolari, oltre che delle entrate per il rimborso di quote di capitale ed interessi derivanti dalla gestione dei fondi di rotazione per la promozione e lo sviluppo della cooperazione e per l'erogazione di mutui agli enti locali. E' evidente che questo mutamento di tendenza non può essere considerato eccezionale e quindi dovremo abituarci ad un flusso finanziario che nella migliore delle ipotesi sarà costante. Un nuovo scenario che non può che avere ripercussioni anche sul versante delle spese e sul modo con cui sapremo compiere scelte e interventi.

A questo proposito voglio comunque sottolineare che la riduzione delle risorse non ha comportato solo tagli. Anzi, in alcuni casi, abbiamo previsto anche consistenti aumenti proprio perché si tratta di interventi prioritari e che meritano la nostra massima considerazione. Tra questi vorrei citare innanzitutto la rubrica relativa ai Giudici di pace che dal 2004 al 2005 hanno visto più che raddoppiati i relativi stanziamenti. Va ricordato che nel gennaio 2002 è entrata in vigore la normativa che ha introdotto la competenza penale del giudice di pace, che da quella data può essere chiamato a giudicare reati di larga diffusione, quali le percosse e le lesioni, l'ingiuria, la diffamazione e il danneggiamento. Successivamente è stato assegnato ai magistrati onorari il potere di convalidare i provvedimenti del questore di allontanamento dal territorio nazionale degli immigrati stranieri.

Tutto questo richiede non solo l'adeguamento degli organici, ma anche un'intensa attività di formazione che potrà avvalersi di quanto previsto dal protocollo d'intesa stipulato con la Facoltà di Giurisprudenza dell'Università di Trento. Il protocollo permetterà, nel settore della formazione, la realizzazione del tirocinio teorico semestrale previsto dalle nuove disposizioni normative per gli aspiranti giudici di pace, che troverà completamento nel tirocinio pratico svolto presso gli uffici giudiziari. Ciò permetterà di aumentare l'efficienza dei servizi, che verranno potenziati anche grazie all'assegnazione di ulteriore personale amministrativo formato sulla base di percorsi mirati.

Con riferimento alla funzionalità delle strutture, segnalo che nel corso del 2005 sarà anche attuato il collegamento alla Rete Unitaria per la Pubblica

Amministrazione e alla Rete Unitaria della Giustizia, che consentirà a tutti gli uffici del giudice di pace del distretto lo scambio telematico di dati con gli altri uffici giudiziari. E' ancora il caso di precisare che proseguirà anche nel 2005 l'attività delle sezioni di Trento e di Bolzano del Centro di mediazione: un'iniziativa unica nel territorio nazionale, avviata nel giugno del 2004.

Passo ora al principale pilastro dell'intervento regionale: la previdenza integrativa. Non voglio riprendere quanto già ampiamente riportato, anche dalla stampa, nei mesi scorsi sul pacchetto famiglia e sulla riforma del welfare. Sottolineo solo che con questa riforma e con uno stanziamento significativo di 55.000.000 di euro per il 2005 e di 80.000.000 di euro rispettivamente per il 2006 e il 2007, la Regione ha voluto ribadire l'impegno di dare alle persone la possibilità di una previdenza pensionistica dignitosa, cercando di assicurare sostegno economico alle famiglie e maggiori possibilità di scelta alle donne.

Come voi già saprete la riforma del welfare si articola in quattro aree fondamentali.

La prima riguarda la copertura pensionistica dei periodi di cura ed assistenza dei figli e prevede contributi per la durata massima di 12 mesi per un'entità complessiva non superiore a 3.500 euro all'anno. Tra gli aventi diritto sono esclusi i dipendenti pubblici, in quanto già tutelati dall'attuale normativa e i titolari di pensione diretta.

La seconda area riguarda la copertura pensionistica dei periodi di assistenza prestati a familiari gravemente non autosufficienti e comporta l'erogazione di contributi finché è necessaria e possibile l'assistenza in casa. Anche in questo caso l'entità complessiva non può essere superiore a 3.500 euro all'anno e spetta nei periodi di astensione dal lavoro per l'assistenza domiciliare ai familiari gravemente non autosufficienti. Può beneficiare dei suddetti contributi chi assiste in casa i propri figli o familiari gravemente non autosufficienti, chi non lavora o lavora part-time e chi non è pensionato.

La terza area riguarda la copertura pensionistica dei rapporti di lavoro atipici. Gli interessati sono lavoratori con contratti di lavoro a termine, co. co. co., futuri co.co.pro. e simili non aventi diritto al sussidio di disoccupazione. La durata non dovrà superare i sei mesi nell'anno (33 mesi per l'intera vita lavorativa), per una entità massima pari a 1.780 euro all'anno.

L'ultima area riguarda l'estensione degli assegni per il nucleo familiare. Il nuovo assegno, che congloba l'assegno di natalità, l'assegno di cura e l'attuale integrazione dell'assegno familiare viene erogato a partire dal secondo figlio (finora era dal terzo) e le fasce di reddito sono ampliate. Viene inoltre erogato ai nuclei familiari con figli disabili (già a partire dal primo figlio), mentre per i nuclei familiari con genitore unico sono previsti importi differenziati rispetto ai nuclei con entrambi i genitori.

Accanto a questi nuovi interventi intendiamo proseguire nel nostro impegno su Pensplan con l'assegnazione di fondi a favore del Centro pensioni complementari regionali per la costituzione, l'avviamento ed il funzionamento dei fondi pensione. Allo scopo sono stati riconfermati anche per il 2005 i 25.823.000 euro già previsti per gli scorsi anni. A completamento dell'area welfare va infine ricordata la decisione di rifinanziare il capitolo 2050 riferito alle spese per opere ed interventi per la realizzazione, l'acquisto, l'ampliamento, la ristrutturazione e l'arredamento di immobili di proprietà delle IPAB, dei Comuni e dei Comprensori, destinati all'esercizio di attività assistenziali.

Per quel che riguarda i capitoli in aumento, di competenza strettamente regionale, un ultimo accenno lo voglio riservare al patrimonio. I 9.800.000,00 euro previsti (il 7,69% in più rispetto al 2004) serviranno per realizzare nuove sedi del libro fondiario e del catasto (in attuazione di un protocollo di ristrutturazione già precedentemente avviato), per il miglioramento degli uffici dei Giudici di pace e per i lavori di restauro conservativo del palazzo regionale di Via Gazzoletti a Trento che, come è noto, è stato progettato dal famoso architetto Adalberto Libera.

Tra i capitoli diminuiti non a causa del passaggio delle competenze vi è innanzitutto quello relativo a: integrazione europea, minoranze, interventi umanitari e di interesse regionale. La riduzione del 6,93% (lo stanziamento 2005 è di 11.700.000,00 euro) consentirà comunque di sostenere adeguatamente un insieme di interventi molto importanti per l'azione culturale e umanitaria della Regione.

Accrescere gli sforzi diretti alla realizzazione di iniziative a dimensione e valenza europee, in un contesto di effettiva collaborazione interregionale e transfrontaliera e di attuazione del principio di sussidiarietà, costituisce uno degli obiettivi fondamentali della "nuova" Regione. L'impegno che ci proponiamo è quindi quello di proseguire negli sforzi di rafforzamento delle Regioni nel quadro del processo di unificazione europea e nell'impegno di avvicinare ulteriormente l'Europa ai cittadini. Questa azione comune non può che iniziare con l'approfondimento dei contatti tra le due Province autonome e con l'elaborazione di progetti assieme alle Regioni che detengono competenze legislative. Per fare ciò è di estrema importanza riuscire a coinvolgere gli attori sociali nel processo di sensibilizzazione e formazione di una coscienza europea. In questo spirito è intenzione della Giunta operare sia con proprie iniziative, sia con sostegni finanziari ad attività promosse da altri Enti. Particolare attenzione verrà pertanto prestata alle proposte in grado di sviluppare, soprattutto nei giovani, il senso di appartenenza ad una cultura comune pur nella diversità delle forme espressive. In questo modo sarà anche possibile intensificare i contatti sociali, culturali ed istituzionali con i Paesi dell'Unione Europea allargata, così da far crescere lo scambio di conoscenze e di collaborazione con organizzazioni che si occupano di cooperazione interregionale e transfrontaliera. Verranno inoltre supportate attività di studio e di ricerca scientifica ed iniziative che aiutino la popolazione regionale a comprendere i meccanismi che regolamentano i recenti sviluppi nell'ambito delle istituzioni europee, approfondendo temi importanti quali il federalismo, il regionalismo, la collaborazione transfrontaliera ed interregionale, la salvaguardia delle caratteristiche culturali, la tutela delle minoranze linguistiche e la pace.

La salvaguardia delle minoranze linguistiche, come detto, costituirà un altro preciso impegno di questo governo, che intende proseguire nel progetto di piena valorizzazione della cultura delle minoranze presenti sul territorio regionale, supportando le associazioni che si dedicano in modo particolare alla salvaguardia ed alla valorizzazione della cultura e della lingua delle popolazioni minoritarie. Tutto ciò sarà facilitato anche dall'organizzazione di seminari e convegni, che consentiranno di mettere a confronto le varie esperienze sia in campo pratico che scientifico.

Un altro tema importante che caratterizzerà il nostro impegno anche per il prossimo anno è quello della cooperazione transfrontaliera tra Alto Adige, Trentino e Tirolo. Un impegno che, come sottolineavo sin dall'inizio di questa legislatura, già vanta ragguardevoli successi sul piano dell'azione volta a favorire progetti di diretta utilità per il territorio e la popolazione. L'obiettivo che dobbiamo perseguire è quello di rendere questa collaborazione sempre più istituzionalizzata.

Una seconda rubrica ridotta è quella relativa a enti locali e servizi elettorali che è passata da Euro 12.937.000 a Euro 5.990.000. Il calo è sensibile, pari al 53,70% ed è prevalentemente dovuto al passaggio da Euro 10.330.000 a Euro 2.330.000 del capitolo destinato alle spese per la concessione di contributi intesi a favorire la fusione e l'unione tra i Comuni della Regione. Nonostante questo calo il capitolo riferito alle elezioni dei Consigli comunali ha avuto un incremento di Euro 1.944.000 a causa delle consultazioni amministrative della primavera 2005.

Un altro passaggio particolare, proprio per gli effetti della legge sulle deleghe, riguarda i due capitoli che caratterizzano il funzionamento complessivo dell'Ente. Innanzitutto il capitolo riferito al personale è calato del 52,92%, da 50.242.000,00 a 23.656.300,00 euro, per effetto dei passaggi di parte del personale alle due Province. Di conseguenza sono diminuiti notevolmente gli oneri per i servizi relativi alle finanze (funzionamento degli uffici, assicurazioni, spese postali, telefoniche ecc.) che sono calati del 28,46%, da Euro 9.951.000 a Euro 7.119.000.

Infine il bilancio di previsione 2005 prevede l'azzeramento di tutti i capitoli interessati direttamente dal passaggio delle deleghe. Mi riferisco, come ho detto in apertura, ai capitoli relativi al credito, alla cooperazione, alle camere di commercio, al libro fondiario e al catasto. A fronte di queste riduzioni è stata istituita una nuova rubrica denominata "funzioni delegate alle Province autonome" che prevede stanziamenti per Euro 139.150.000, pari al 36,94% del bilancio.

Questa, per grandi linee, è la fisionomia del bilancio di previsione 2005. Una fisionomia che, come ho detto, è strettamente legata al mutamento del ruolo operativo dell'Ente e al mutato quadro finanziario che impone anche a noi di razionalizzare le spese. Si tratta comunque di un bilancio in grado di sostenere adeguatamente i progetti della Giunta e di accompagnare le nuove funzioni a cui sarà chiamato l'ente Regione.

Se in questa mia relazione alcune tematiche non hanno trovato lo spazio che meritano, ricordo a tutti e ribadisco gli impegni che ho rappresentato al momento dell'insediamento della Giunta regionale.

Voglio concludere sottolineando che anche questo bilancio è una tappa importante nel significativo salto di qualità della collaborazione tra le due Province. Abbiamo inaugurato un nuovo capitolo della nostra storia autonomistica, costruito sulla partnership tra Alto Adige e Trentino secondo il concetto – come ho più volte ripetuto – di "Bolzano con Trento e Trento con Bolzano". Nella vita di tutti i giorni, nell'economia, nei rapporti con le altre Regioni, nella tutela e nell'aggiornamento dell'autonomia alla luce degli sviluppi nazionali ed europei, la Regione rappresenta la cornice per il dialogo tra due partner con interessi comuni.

Con il contributo di tutte le forze politiche, la Regione può diventare quella piattaforma istituzionale più snella che fa lavorare assieme le due Province e favorisce il raggiungimento di obiettivi mirati.)

PRESIDENTE: La parola al Presidente della II^a Commissione legislativa per la lettura della relazione accompagnatoria.

LENZI:

R e l a z i o n e

La II^a Commissione legislativa ha esaminato nella seduta del 12 novembre 2004 il disegno di legge n. 19 dal titolo "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale 2005 e pluriennale 2005 – 2007 della Regione autonoma Trentino – Alto Adige per l'esercizio finanziario 2003 (legge finanziaria)" (presentato dalla Giunta regionale).

L'illustrazione e la discussione generale del disegno di legge si svolgono congiuntamente con quelle del disegno di legge n. 20 (bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2005 e bilancio triennale 2005-2007).

Il Vicepresidente Dellai, nell'illustrare il disegno di legge, sottolinea come esso finalizzi la metà circa delle sue risorse nel settore delle politiche di welfare, valorizzando in tal modo il ruolo di integrazione delle competenze provinciali da parte della Regione.

L'illustrazione degli interventi regionali in materia di welfare viene affidata alla assessora competente Stocker, che riferisce di aver inserito le norme di riforma del welfare nella legge finanziaria per poterla rendere operativa, come concordato precedentemente in sede di Consiglio regionale, entro il mese di febbraio 2005.

Il Vicepresidente Dellai si sofferma in particolare sulla riforma del diritto societario delle cooperative, che impone tra l'altro un'integrazione della vigente legge regionale sulla vigilanza contabile.

In sede di discussione generale, i cons. de Eccher, Viola, Mair e Seppi, non entrando nel merito della legge, esprimono la loro perplessità sul metodo di inserire nella finanziaria la normativa sul welfare, che, a loro dire, meriterebbe un provvedimento ad hoc.

I suddetti consiglieri ritengono quindi opportuno avviare un procedimento di esame dell'argomento separato dalla legge finanziaria, anche con la possibilità di sentire le parti sociali.

Anche per quanto riguarda la nuova normativa per la vigilanza contabile delle cooperative i commissari ritengono opportuno organizzare delle audizioni con le parti interessate.

I cons. Lamprecht e Pardeller, pur riconoscendo l'eccezionalità della procedura proposta, pongono l'accento sulla necessità di ultimare in tempi molto brevi la riforma del welfare e delle cooperative per rispondere alle aspettative delle parti sociali.

Il cons. Seppi ritiene che la presente Commissione non sia quella competente per materia e, manifestando la sua disponibilità a procedere in tempi brevi, dichiara di poter accettare la parte del disegno di legge relativa a welfare e cooperative qualora questa venisse preventivamente discussa ed approvata dalla I^a Commissione legislativa.

Il Vicepresidente Dellai, convenendo sull'eccezionalità della procedura adottata, propone di proseguire con i lavori e di attuare un confronto ed un approfondimento sulla problematica prima dell'esame dell'aula.

La proposta viene sostenuta dai cons. Casagrande e Lamprecht, mentre il cons. de Eccher dichiara di non partecipare alle votazioni dei singoli articoli.

Posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata risulta approvato con 7 voti favorevoli (cons. Lenzi, Casagrande, Ladurner, Lamprecht, Pardeller, Pinter e Thaler) 1 voto contrario (cons. Seppi) e 1 astensione (cons. Carli). Il cons. de Eccher non partecipa alla votazione.

In sede di discussione articolata, in riferimento all'art. 16, il Vicepresidente Dellai spiega che la Giunta, sulla base della lunga e positiva esperienza maturata dal movimento cooperativistico nella Regione, intende proseguire nell'affidare il controllo contabile alle associazioni del movimento cooperativo regionale, in attesa di una riforma complessiva del settore.

In sede di dichiarazione di voto, i cons. de Eccher, Seppi e Viola annunciano il loro voto contrario, motivato dall'impossibilità della Commissione di procedere ad un esame approfondito della materia.

Posto in votazione finale, il disegno di legge n. 19 risulta approvato con 7 voti favorevoli e 3 voti contrari (cons. de Eccher, Seppi e Viola).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: La Giunta chiede di dare per letta la relazione tecnica. Se non ci sono obiezioni, rispetto a questo, dichiaro aperta la discussione generale.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto di intervenire il cons. de Eccher. Ne ha facoltà

de ECCHER: Ci sono obiezioni. C'è la disponibilità, sempre che venga stralciata la parte relativa allo stato sociale.

PRESIDENTE: Sta per essere distribuito l'emendamento che stralcia gli articoli da 1 a 11.

Ha chiesto di intervenire il cons. Divina. Ne ha facoltà.

DIVINA: Presidente Durnwalder, farò qualche piccola riflessione sulla relazione che ci ha fornito, facendo qualche piccolo salto avanti e indietro, seguendo la traccia che lei ha voluto distribuire.

Una cosa dalla quale lei parte è che una volta delegate le funzioni amministrative in grande blocco, alla Regione è rimasto quello che è rimasto ed una seconda grande novità riguarda il fatto che per la prima volta, nel corso della storia, vediamo questa inversione di tendenza, non ci sarà più una

costante crescita delle entrate, ma bisogna affrontare responsabilmente un momento che inevitabilmente vedrà questa riduzione delle entrate dell'autonomia complessivamente delle due Province, ma in questo caso parliamo in ambito regionale.

Nel merito, parlando di iniziative residuali, lei fa un'analisi, Presidente, di una situazione che risulta allarmante a livello regionale, cioè la riduzione del tasso di natalità e l'aumento delle famiglie mononucleari. Sono due elementi campanello d'allarme, dove sostanzialmente c'è difficoltà a sposarsi, per cui è preferibile vivere mononuclei ed il secondo aspetto il calo della natalità, è difficile mettere al mondo figli. E' difficile per una serie di motivi, questa analisi si condivide, ma mal si concilia con l'ultimo blocco che è stato fatto per aiutare, per esempio, le lavoratrici all'interno dei nuclei familiari, noi le abbiamo definite casalinghe ed in modo improprio definita la pensione sulle casalinghe.

Per questioni di bilancio, si riferì l'anno scorso, andava bloccata, per vedere come reimpostare questo capitolo dell'assistenza regionale.

Non c'è dubbio che se blocchiamo la possibilità di una donna di prevedere al proprio futuro, con una forma parzialmente assistenziale, assicurativa, perché c'è anche un pagamento di una componente di premio, riduciamo ancora di più le possibilità del creare nuclei familiari, in questo caso quando una sola delle due figure si può permettere di avere un lavoro e ancora meno possiamo favorire la natalità, nel momento in cui le persone non riescono a trovare modo di incontrarsi.

La Regione vede un calo di risorse che è significativo quest'anno ed è stimato nell'ordine del 6% e, come ripeto, avevamo raggiunto quella china ed adesso dobbiamo abituarci a rientrare in ambiti più modesti, anche se la Regione, a scapito della provincia, ha visto molto meno ridotta la sua capacità di entrata da trasferimento di tributi erariali dello Stato, perché il grosso dei trasferimenti, avvenendo su IVA e su IRPEF vanno direttamente alle due Province.

Il calo, per esempio, della pressione fiscale vedrà penalizzate molto più le Province che non la Regione. La Regione ha avuto questo tracollo finanziario, rispetto alla Provincia di Trento che ha avuto una diminuzione del 3%, la Regione ha avuto un tracollo o meglio ha contribuito a salvare l'eventuale tracollo della finanza provinciale, perché chiaramente trasferendo le competenze amministrative relative a catasto, fondiario, eccetera, passa sì in parte il centro di costo che non avrà più uffici e costi da sostenere, ma passa anche tutta quella parte di introiti derivanti da oneri propri o chiamati tecnicamente extratributari, derivanti dai tributi catastali e dai diritti tavolati.

Questo dovrebbe far riflettere molto il Presidente Dellai, perché se quest'anno il bilancio della provincia si è parzialmente salvato in quella forbice del 3% o del 2,9%, dipende anche perché questi soldi hanno potuto essere dirottati dalla Regione alle Province.

Adesso torniamo alla famiglia, Presidente, facciamo un po' di salti per seguire un po' l'andamento che ha la sua relazione, che parla un po' più di iniziative, poi le alterna con aspetti fotografici della situazione, per poi analizzare dati economici. Allora torniamo all'aspetto familiare e vedo che per un aspetto salviamo ancora gli interventi assistenziali della Regione. Mi pare di dire che il tutto deriva anche da una manovra governativa che ha consentito a

noi di seguirla o di applicarla, relativa agli assegni a partire dal secondo figlio o in caso di disabili assegni familiari, assegni di natalità, eccetera, che salvando quella parte di competenza integrativa che a noi era rimasta, dovendola sposare con le nuove disposizioni statali, mi è arrivato che il pacchetto famiglia forse soffre meno di prima.

Sicuramente questa sinergia, intervento regionale, intervento governativo è stata utile su più fronti, adesso spendiamo anche una lancia per il governo nazionale che ha tamponato questa parte di assistenza regionale, ma poi nei confronti delle famiglie credo abbia ridato ancora qualcosa. Se andiamo a guardare la manovra fiscale, anche quest'ultima, dopo aver portato a livelli accettabili le pensioni minime, dopo aver aumentato quell'area di non tassazione in modo considerevole, dopo aver consentito alle famiglie di detrarre per i figli e per i coniugi oneri assai superiori a quelli precedenti, ha un po' perequato su quell'attenzione che alle famiglie altrimenti non sarebbe arrivata.

Se non altro perché è di ieri, una parola va spesa su uno sciopero generale che credo sia il primo, l'unico, il più singolare di tutti gli scioperi della storia, che ha visto una parte politica strumentalizzare sindacato e lavoratori a scendere in piazza, perché il governo aveva ridotto le tasse. Credo sia la prima, ma anche l'ultima nella storia, un aspetto che finirà nei testi di economia di tutto il mondo che in Italia sono riusciti perfino a fare uno sciopero, perché lo Stato aveva ridotto la tassazione. Una cosa inaudita, però in Italia succedono anche queste cose.

Ho rilevato un paio di incongruenze, perché non possiamo dimenticarci che i governi provinciali e regionali escono dalla stessa matrice, hanno un'area politica di riferimento comune e allora vorrei capire se le politiche simili e parlo adesso, la politica della cultura può essere realizzata con degli obiettivi a livello regionale e con obiettivi diametralmente opposti a livello di provincia.

Sposo al 100% questo passo della relazione del Presidente Durnwalder, dove afferma *"Particolare attenzione verrà pertanto prestata alle proposte in grado di sviluppare, soprattutto nei giovani, il senso di appartenenza ad una cultura comune pur nella diversità delle forme espressive."*

Si richiama proposte in grado di sviluppare un senso di appartenenza ad una cultura comune, noi la conosciamo qual è la nostra cultura. Singolare ed in contraddizione, netta incongruenza con la politica che sta perpetrando la provincia di Trento, dove l'atto primo dell'assessore Cogo alla cultura della Provincia di Trento ha dichiarato di voler drasticamente dare un taglio, proprio con questo tipo di cultura, affermando che bande, cori e Schutzen fanno parte di un vecchio e nostalgico modo di fare cultura, per cui oggi i giovani devono avere riferimenti diversi e realizzeremo concerti rock in mezza provincia, perché la cultura della musica in provincia di Trento è solo a senso unico.

Presidente della Provincia Dellai, so che ti spazientisci quando qualcuno pesta il callo, so che il nervo fa male, il sale sulla ferita fa male, quando si tocca qualcosa che non funziona delle politiche della Provincia autonoma di Trento il Presidente Dellai non sa stare lì mesto ad ascoltare, semmai a ribattere, ma ha i suoi modi di reagire che a noi non piacciono, però siamo tanto abituati e non ci sorprende nemmeno più nel vederli in quest'aula.

Altra incongruenza e qua siamo in ambito regionale, Presidente Durnwalder. Lei ci fa anche una fotografia del bilancio, spiegando che una serie

di rubriche sono ridotte, una serie sono ridotte per necessità, una serie per razionalità, si spostano le competenze, riduci le relative rubriche rimaste in capo, però una ridotta non dipende dalle scelte amministrative fatte ed è quella relativa alle concessioni di contributi intesi a favorire la fusione o l'unione di comuni. Passiamo da 10 milioni di euro a 2 milioni di euro, credo che la diminuzione sia dell'80%, per cui da 10 a due c'è un calo di otto milioni di euro, destinati al fatto che non servono per realizzare fusioni, unioni fra comuni.

Cosa sta a significare il fatto che a bilancio ci siano state delle poste e che quest'anno si è deciso di ridurle in questa maniera? Che non vi sono state, se non marginali, richieste di contributi da parte di comuni che intendano mettere in moto una procedura di fusione o di unione di comuni. L'ultima proposta che avrà avuto i benefici, ma che è stata bocciata, è stata quella in provincia di Trento della zona del Primiero, che deve far riflettere.

A livello di Giunta regionale non possiamo oggi e domani riprendere il testo sulla legge sui comuni, dove si dice di accantonare e di favorire sostanzialmente la unione di comuni per arrivare ad ambiti, eccetera, trascurando che sul territorio questo non lo si vuole e trascurando che la stessa Giunta della Regione va drasticamente a tagliare quei fondi, perché non vengono usati. I comuni non amano perdere la propria identità, i cittadini hanno capito che il comune non costa "niente", il consiglio comunale non costa niente, sono i servizi che costano, ma i servizi si possono realizzare in forma consortile, comunque in forma combinata, collegiale, compartecipata, senza la necessità di rinunciare all'entità o alla diversità o alla specificità che ogni realtà comunale ha, l'attaccamento al proprio campanile. Se vi è questo attaccamento alla tradizione, in ogni vallata vi sono frammentazioni, anche la parlata, anche il modo di esprimersi, di comunicare è diverso a pochissimi chilometri di distanza, tanto è forte quel volersi sentire diversi, ma perché realizzare norme obbligatorie, tra il resto non volute, perché non c'è una partenza dal basso, una richiesta, un'istanza che deve poi trovare in camera di compensazione politica la giusta risposta, c'è la bocciatura tutte le volte che si calano dall'alto e giustamente il Presidente Durnwalder dice: cosa me ne faccio di quest'accantonamento di soldi che poi non vengono utilizzati?

Faccio un discorso oggi che però dovrebbe essere fatto domani, a maggior ragione domani all'assessore Amistadi bisognerà dire: caro Amistadi come concili le tue proposte con quelle della Giunta regionale che vanno in senso nettamente contrario.

Ho trovato queste contraddizioni, Presidente, magari lei avrà preso anche appunti e alla fine dei nostri interventi saprà dare anche una risposta, non c'è dubbio che quest'aula sarà probabilmente divisa tra i fautori del regionalismo e chi nel regionalismo probabilmente non crede, chi crede nel mantenimento della Regione e chi nella Regione vorrebbe solo vederne la sua fine, vedere lo smantellamento finale.

L'emendamento approvato ieri sul doppio binario delle doppie indennità, non più legate ad un fattore endogeno, per cui nessuno avrebbe potuto rivendicare, perché la diversità delle retribuzioni degli amministratori di questa Regione dipendevano esclusivamente da un meccanismo automatico, la forma dirigenziale più alta del comune era il segretario comunale e su quella figura si determinavano i relativi indennizzi e compensi degli amministratori. L'unitarietà del quadro non si sarebbe minimamente toccata e minata,

riportandola, viceversa, ad un parametro unificante che è quello della retribuzione del consigliere regionale; spiega tu a Tizio, Caio, Sempronio che non è avvezzo della materia, che a Bolzano possono avere una percentuale più alta ed a Trento gli stessi amministratori dello stesso comune devono avere una retribuzione diversa. Queste sono le mine a tempo sotto il palazzo della Regione.

Abbiamo deciso in tante occasioni, chi in buona fede, chi in mala fede, chi in modo distratto, chi in modo superficiale, comunque si sono lasciate passare di volta in volta con delega amministrativa e via dicendo, le indennità, il doppio binario, le deroghe, eccetera. Forse posso pensare che un disegno diabolico esiste in quest'aula ed è quello di arrivare alla fine della Regione e questo disegno diabolico si deve consumare sulla attività di fatto dell'ente e dal momento che l'ente continua a mettere in campo atti diversificativi, manovre che vanno in tutt'altra direzione del quadro unitario. Qua si casca tutti nel disegno, l'incapacità di produrre norme o la staticità di questo Consiglio rispetto alle esigenze che dall'esterno magari ci si aspetta risposte in termini legislativi, tutto danno, armi e credito ai detrattori della Regione, a chi questa Regione ha sempre detto di non volerla o di volerla ridotta ai minimi termini, ma la riduzione ai minimi termini è il preambolo per il successivo dissolvimento e probabilmente tutti qua si contribuisce a questo disegno diabolico, che sembra però non riuscire a trovare da alcuna parte politica una via di fuga.

Volevo aggiungere un ultimo aspetto, Presidente Durnwalder, perché si è consentita – lo statuto la prevede – la delega amministrativa, anzi ad una lettura attenta dello statuto sembrerebbe che il legislatore del '48 e successivamente del '72, abbia inteso proprio l'ente Regione come un ente tendenzialmente delegante le funzioni, normalmente – mi pare di ricordare – dovrebbe consentire la massima autonomia alle Province, la massima delega amministrativa. Tutto questo in un quadro di un rispetto normativo statutario.

Presidente Durnwalder, non mi pare di aver letto e non esiste da nessuna parte la possibilità, viceversa, di rinunciare ad una delega legislativa. Nel testo che discuteremo sempre domani del suo assessore Amistadi, vi è una pericolosa disposizione dove va a parlare della possibilità della Regione di rinunciare ad una propria materia legislativa per affidarla alle due Province, la gestione del personale relativo.

Rischiamo, Presidente, un'impugnativa di costituzionalità su questo, perché se la Regione può, con tutti i danni che provoca, decentrare e delegare proprie competenze in senso di delega amministrativa, non essendo scritto nello statuto che può delegare funzioni legislative, ma rinunciando ad una propria funzione che lo statuto prevede o modificiamo la norma statutaria che dice: quella non è più materia regionale, diventa materia provinciale, allora rispettiamo il quadro d'insieme. Ma se noi non tocchiamo lo statuto e pensiamo che la Regione possa dire: da domani la mia competenza amministrativa la dirotto sulle due Province, credo che avremmo rivoluzionato il modo di concepire i nostri rapporti interni, la nostra tripolarità, ma abbiamo anche innovato il senso giuridico. Mai un ente dotato statutariamente di competenza propria, di potestà legislativa se ne può disfare, salvo modificare la norma statutaria che questo gli attribuisce.

Quando noi parliamo di norma statutaria non parliamo di una norma che fa parte della delega, come tutte le altre regioni dove si fa il proprio statuto,

ma il nostro statuto non lo possiamo manipolare in quanto norma costituzionale. Contravvenendo allo statuto faremo uno strappo costituzionale e rischieremo l'impugnativa per incostituzionalità della norma che andremo a varare. Questo, Presidente Durnwalder, è ancora più grave.

Noi ci auguriamo che il vostro intento non sia quello che ho detto, anche se la paura recondita è proprio quella e che questa Regione continui a tenere abbracciate due Province, perché ricordo che se Bolzano egoisticamente avrebbe tutto l'interesse a percorrere una via propria, una strada singola, invece Trento, perdendo l'aggancio regionale, perdendo la grande possibilità di dire: si vive in una Regione, in un contesto di bilinguismo, in un contesto di regole e di garanzie e di garantismi, Trento avrebbe una debolezza tale che con i chiari di luna che girano, nel giro di qualche decennio rischierebbe molto grosso sotto il profilo di spinte concentriche dalla nostra cintura che non capirebbe più le vere motivazioni del perché Trento autonoma, perché non Brescia, Verona, Vicenza, eccetera, mancando a noi la vera arma di difesa. Non siamo regione, provincia di confine, non esiste bilinguismo reale, dobbiamo rendere oracoli e reliquie alle nostre piccole minoranze, non c'è la proporzione all'interno, non c'è neanche l'obbligo del censimento etnico, cosa mettiamo sul piatto? La storia? Siccome così è stato, così dovrà essere? Per un po' tiene, dopo di che le esigenze varie, non ultima quella di una redistribuzione in sacrifici, poco giustificerebbero trattamenti diversi a realtà che diverse non lo sono per niente.

PRESIDENTE: Faccio presente ai consiglieri che vogliono intervenire che è stato chiesto il rinvio in Commissione legislativa degli articoli dal n. 1 al n. 11 per il riesame. Pertanto negli interventi, magari, tenere presente che questo tema sarà discusso in aula dopo il riesame in Commissione legislativa.

Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini. Ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie, Presidente. E' sostanzialmente questo il primo bilancio che viene rimesso dalla Giunta regionale, all'indomani di due sostanziose innovazioni e cioè quella conseguente alla modifica statutaria ed anche all'assetto tripolare di cui alla legge costituzionale n. 2 del 2001 e quella relativa al trasferimento delle deleghe dalla Regione alle Province autonome. Allora è chiaro che il bilancio si presta ad alcune considerazioni di tipo tecnico sicuramente, ma anche a qualche riflessione che vada ben oltre, perché un bilancio ha anche particolari rilievi di tipo politico.

Per quanto riguarda la parte tecnica debbono purtroppo essere poche le considerazioni, perché la parte prevalente delle competenze è stata trasferita alle Province, ormai si è assistito in questi anni, nonostante la nostra fermissima e contraria volontà, ad un trasferimento massiccio di competenze, di delega di funzioni dalla Regione alle Province, con tutto quello che questo ha comportato.

Debbo annotare sul versante tecnico che è poco significativa, alla luce di quanto ho appena detto, la ripartizione tra le spese correnti, che rappresentano il 75% del bilancio regionale e quelle in conto capitale, che assommano al 25%. E' chiaro che questo è un esito del riparto delle funzioni e soprattutto del recente trasferimento di funzioni dalla Regione alle Province.

Quello che vorrei chiedere, Presidente Durnwalder, è questo: mentre le Province hanno una serie di competenze di dotazioni finanziarie di organizzazione, la Regione, a causa di tutto un trasferimento di competenze che è avvenuto, nonostante le poche competenze che le sono rimaste in capo, ha oneri di funzionamento piuttosto alti, rispetto alle dimensioni del bilancio regionale, che invece è contenuto. Quello che mi stupisce e che mi pare un dato significativo è che gli oneri di funzionamento della Regione sono relativamente alti, se si pensa alla esiguità, alla contenuta dimensione del bilancio. E' la prima cosa che vorrei chiederle.

D'altronde la Regione non ha competenze dirette di intervento, se non quelle che attengono al patrimonio regionale. La spesa corrente è in aumento, anche in virtù di quello che lei accennava nella relazione, cioè della politica di welfare, ma di questo non parlo, anche facendomi carico dell'invito che ha fatto il Presidente del Consiglio, mi pare un invito corretto, perché essendo state stralciate le norme dal n. 1 al n. 11 della legge finanziaria, penso che questo tema acceda ad altra sede.

In virtù delle politiche di welfare, vi è una flessione delle spese di investimento, anche perché sono state attribuite alle Province le competenze in materia di interventi per la gestione del fondo per l'erogazione di mutui agli enti locali, allo scopo di finanziare opere pubbliche.

Su questo versante chiederei se lei Presidente Durnwalder potesse farmi qualche esemplificazione, cioè quale è stata la ragione del perché si è inteso attribuire alle Province anche questo tipo di spesa di investimento, di interventi per gestire il fondo per l'erogazione dei mutui agli enti locali, per il finanziamento delle opere pubbliche.

Tra l'altro, è la prima volta, esaminando il bilancio della Regione, che riesce difficile un confronto fra un anno e l'altro, perché in questi anni la Regione è stata progressivamente svuotata di competenze e paradossalmente la parte più significativa del bilancio regionale o comunque una parte fortemente significativa è proprio quella relativamente alla gestione dei fondi trasferiti alle Province, che è quasi metà del bilancio complessivo, 140 milioni di euro. In sostanza, forse la parte più significativa del bilancio regionale è quella che attiene al fatto che tutta una serie di fondi sono previsti, perché esito del trasferimento alle Province di una serie di competenze.

Adesso prendo testualmente la sua relazione, quella che poco fa lei ha rimesso al Consiglio regionale, per fermarmi e fare qualche riflessione a caldo su qualche passaggio che davvero merita qualche riflessione.

Lei esordisce, in sostanza, definendo questa *la prima vera manovra programmatica riferita al nuovo ente Regione*, a dire il vero prima di dire *nuovo ente Regione* vorrei vedere quali tipi di competenze si pensa di affidare a questo nuovo ente, perché è sì necessario ripensare la Regione e su questo sono d'accordo. Fra l'altro le farò avere, brevi manu una proposta organica di rivisitazione di nuova Regione che rielaborata ho presentato già la scorsa legislatura e intendo presentare anche in questa, naturalmente con altri contenuti, perché penso che si debba tener presente che anche un po' d'acqua da allora ad oggi è passata sotto i ponti e quindi prima di parlare di nuovo ente Regione vorrei sapere quali sono le nuove competenze e quale ruolo deve avere la Regione.

Fa riferimento alla legge costituzionale n. 2 del 2001 che, come è noto, ha modificato in maniera sostanziosa lo statuto di autonomia e lo ha modificato con dei passaggi nei cui confronti mi sono mosso fortemente, anche altri colleghi della minoranza lo hanno fatto a suo tempo, allorché si fece di tutti per impedire questo passaggio e che per quanto riguarda l'ente regionale ha sostanzialmente smantellato l'assetto tripolare che vedeva l'elezione a suffragio universale e diretto del Consiglio regionale e quindi la derivazione dal Consiglio regionale dei due Consigli provinciali. Invece oggi, smantellando questo assetto tripolare, che era stato previsto fino dall'Accordo di Parigi del '46, oggi si è capovolta la situazione, per cui il Consiglio regionale non è più l'ente primario eletto a suffragio universale diretto, da cui promanano i due Consigli, ma addirittura è l'opposto e cioè il Consiglio regionale come mera sommatoria dei due Consigli provinciali.

Faccio notare che questo è uno smantellamento non solamente dell'assetto tripolare, ma è anche un forte picconamento alla Regione, perché in questo modo la Regione si trova fortemente ridimensionata quanto a competenze, dalla modifica statutaria di cui alla legge costituzionale n. 2 del 2001, che in effetti ha tolto la competenza elettorale, che era il cuore della competenza in capo al Consiglio regionale ed ha, di fatto, previsto due sistemi elettorali diversi a Trento rispetto che a Bolzano e quindi ha smantellato l'unitarietà regionale.

Un altro passaggio che lei ricorda è quello relativo alle deleghe che sono state approvate nel corso della precedente legislatura, anche su questo passaggio esprimo delle perplessità, proprio perché, ancora una volta, unitamente alla modifica statutaria di cui ho fatto cenno prima, anche questo passaggio ha rappresentato un forte indebolimento della Regione.

Allora è chiaro che se vogliamo dare significato a questa Regione e per quanto mi riguarda mi trovo profondamente convinto in questo senso e darò il mio apporto sicuramente, dobbiamo ripensarne ruolo e funzioni, diversamente non si giustifica un bilancio, non si giustifica un ente, non si giustificano uffici, non si giustifica personale e risorse. Se è così, allora è meglio prenderne atto e si abbia il coraggio di dire: la regione non c'è più, l'abbiamo ridotta a questo e quindi prendiamo atto e la liquidiamo. Naturalmente per quanto mi riguarda farò tutto il possibile perché ciò non avvenga, ma nel senso propositivo, cioè proponendo nuove funzioni sue proprie all'ente, un ente territoriale muore se non ha riconosciute funzioni sue proprie, perché lasciandola in questo stato di decadimento, evidentemente non si può pensare di farla vivere a lungo.

Vorrei anche rappresentare al Presidente Durnwalder il forte stato di demotivazione che una certa parte del personale regionale vive, perché giustamente le persone normalmente chiedono di essere valorizzate, fatte lavorare e quindi mi pare che sono, se non ricordo male, circa 60 i dipendenti rimasti in capo alla Regione, allora le chiedo che tutti costoro siano valorizzati, utilizzati in senso positivo, eccetera, perché non c'è cosa peggiore che lavorare alle dipendenze di un ente e vedere che questo ente lentamente va a morire e vedersi poco valorizzati e utilizzati in quanto a capacità lavorative.

Per quanto riguarda ulteriori passaggi della sua relazione, ritengo che laddove lei dice: *la Regione dovrà garantire una cornice efficiente per una cooperazione dinamica e convinta tra le due Province autonome ogni qualvolta sarà richiesto di unire le forze e di rappresentare assieme gli interessi delle nostre specialità*

*sia al nostro interno che verso la dimensione nazionale ed europea...*penso e spero che ci sia una valorizzazione della Regione, nel senso di riequilibrare i rapporti fra Trento, Bolzano ed Innsbruck che in questi anni l'hanno vista piuttosto soccombente. Nel senso che l'asse, per quanto riguarda i rapporti con il Tirolo, è stato rappresentato dai rapporti tra Bolzano ed Innsbruck ed è stata messa in secondo piano la funzione di Trento.

Presidente, penso che una delle funzioni importanti che possa svolgere nel proseguo la Regione sarebbe proprio quella, nell'asse di rapporti fra Bolzano, Innsbruck e Trentino di valorizzare anche il rapporto fra Trento ed Innsbruck, perché in questi anni è stato sbilanciato a favore del rapporto Bolzano-Innsbruck. Quindi che il Trentino si faccia valere su questo e penso che in questo senso la Regione, come ente di sintesi fra le due Province, possa dare un suo contributo notevole.

Tra l'altro voglio notare, Presidente, accanto ai vari preziosi contributi che la Regione ha dato in questi decenni, ad un contributo che, secondo me, è preziosissimo e storico, cioè quello di aver garantito dal secondo statuto di autonomia in avanti, quindi dal 1972 in avanti, condizioni di pacifica convivenza fra i gruppi linguistici diversi. Questo, secondo me, è un dato storico importantissimo, come lei sa viviamo su questo territorio regionale una singolare triade che vede insistere sullo stesso territorio tre enti con competenze legislative, che se per un verso pone il problema di contemperare questa legislazione, perché bisogna creare un rapporto armonico fra la legislazione regionale e quella delle due Province, per altro verso rappresenta un unicum, con riferimento a tutto il resto del pianeta, da quello che mi risulta. Mi risulta anche che, dando uno sguardo all'Europa dai Paesi Baschi agli Urali, laddove ci sono minoranze linguistiche molte volte là ci sono focolai di tensione, se non addirittura di guerra ed invece qui, grazie al ruolo di sintesi svolto dalla Regione, per 30 anni dal secondo statuto di autonomia ad oggi, è stata assicurata una pacifica convivenza tra i gruppi linguistici diversi.

Questo lo dico, perché prima di smantellare un ente di questo genere bisogna pensarci mille volte, se non altro pensando alla lezione della storia e mi rivolgo al Vicepresidente del Consiglio regionale Chiocchietti, che appartenendo alle minoranze so essere attento a questo dato, la lezione della storia dice che, rispetto agli anni immediatamente precedenti al secondo statuto, ahimé contrassegnati da tensioni, da attriti, eccetera, qualche volta anche da scontri improntati a spargimenti di sangue, dal 1972 in avanti, con la rivisitazione delle competenze statutarie, certamente con un dimensionamento delle competenze della Regione, però con il mantenere in capo ad essa un ruolo ordinamentale con una serie di competenze e con il trasferire alle Province le competenze di tipo sostanziale, si è comunque realizzata, grazie a questa funzione di sintesi ordinamentale della Regione, una pacifica convivenza tra i gruppi linguistici diversi.

Non voglio con questo dire che si deve tornare al vecchio disegno, perché sono passati più di 30 anni, si deve peraltro ripensare alla Regione alla luce anche di questa lezione della storia, penso per esempio, le dico subito cosa avrei in mente Presidente che il pensare ad un Euroregione che in sostanza comprenda anche il Tirolo, accanto al Trentino e all'Alto Adige, secondo me potrebbe essere una strada da percorrere. Quindi su questo punto si potrebbe ulteriormente fare qualche riflessione.

Allora un ruolo privilegiato della Regione, un altro ruolo è quello di avere un certo tipo di peso dei rapporti fra Trento, Bolzano ed Innsbruck e, perché no, un riconoscimento costituzionale di questa funzione, proprio come interlocutore.

Per quanto riguarda il prosieguo della sua relazione, lei annota a pag. 6 che ci sono altre due circostanze importanti, scrive: *Innanzitutto dobbiamo misurarci con le scelte e i provvedimenti concreti resi necessari dal passaggio alle Province delle deleghe amministrative e con i loro effetti sul piano organizzativo e su quello finanziario. In secondo luogo dobbiamo prender atto che anche le risorse della Regione sono diminuite*

E' chiaro che la diminuzione consistente è dovuta al fatto della delega delle funzioni amministrative dalla Regione alle Province, è chiaro che passate queste funzioni è passato anche il personale, sono passate risorse finanziarie.

Quello che mi lascia stupito: *Sono consapevole che un passaggio così complesso non può essere totalmente indolore – ci mancherebbe – e privo di complicazioni. Posso tuttavia affermare che le cose procedono complessivamente bene e che le due Province autonome hanno saputo accogliere le nuove responsabilità nel modo migliore e senza traumi soprattutto per le persone.*

Il Catasto e il Fondiario sono oggi incardinati sulle due Province... vorrei chiederle, Presidente, come è il funzionamento di Catasto e Fondiario, perché sono due istituti, in particolare l'uno, proprio per una tradizione plurisecolare che ha alle spalle, una storia, un'identità che mal si prestano a vedersi sdoppiati. Quindi vorrei sapere come realmente funzionano oggi questi uffici, glielo dico perché nel corso dell'audizione sul disegno di legge sulle deleghe ci furono gli addetti ai lavori, notai in primis, ma anche funzionari tavolari, i quali espressero con forza la convinzione che queste funzioni restassero in capo alla Regione, proprio per non spezzare questa unitarietà che, oltre a dare vita ad un istituto unico in Europa, per quanto riguarda il Catasto, da questo punto di vista aveva anche rappresentato esempi di buona amministrazione. Cioè i cittadini, gli operatori, i tecnici che si rivolgevano a questi uffici regionali avevano trovato buoni servizi per quanto riguarda questo tipo di erogazione di servizi stessi.

Per quanto riguarda il passaggio a pag. 8 lei afferma: *dobbiamo porci seriamente gli obiettivi dell'efficienza, del risparmio, della eliminazione di tutto ciò che non è più strettamente necessario o non è utile al buon funzionamento dell'Amministrazione.* Presidente, leggo qualche passaggio della sua relazione, perché avendola lei letta poco fa e non avendo avuto noi il tempo di averla prima fra le mani, evidentemente non è stata possibile una riflessione più ponderata e quindi riprendo qualche passaggio della sua relazione che ho sottolineato seduta stante, mentre lei leggeva, per porle qualche domanda.

Scrivo: *Questo significa che la riorganizzazione interna che dovremo effettuare nei prossimi mesi non è solo il risultato delle minori competenze amministrative di cui disponiamo, ma anche della volontà di fare quanto ci è possibile per migliorare la qualità dell'Ente regione e la sua capacità di rispondere alle sue nuove funzioni.*

A questo proposito le chiedo come intende la Giunta regionale raggiungere questi obiettivi dell'efficienza, del risparmio, della eliminazione di

tutto ciò – sottolineo questa parte – che non è più strettamente necessario, perché mi si dice che ci sono dipendenti che si sentono non utilizzati o non utilizzati a sufficienza e non c'è cosa peggiore. Quindi da questo punto di vista chiedo cosa si intende fare da parte della Giunta regionale su questo passaggio.

Con riferimento alla legge sugli enti locali lei tocca qualche passaggio, ma di questo parleremo con riferimento alle ore di seduta che ci restano ancora a proposito del disegno di legge in materia di ordinamento dei comuni.

Mi preme evidenziare che per quanto attiene alla previdenza integrativa ci sono – faccio solo questo accenno perché le norme sono state stralciate – una serie di proposte che ci trovano particolarmente perplessi e nei confronti delle quali faremo delle proposte alternative, proprio perché ci pare che non sia questo il modo di fare proposte di welfare. Da questo punto di vista avrei sicuramente fatto, in maniera anche vibrante, forti proteste con riferimento al metodo se si fosse proseguito nel mantenere gli articoli relativi alle politiche sociali, all'interno della legge finanziaria.

Quindi saluto con positività lo stralcio di cui è stata data nelle ultime ore comunicazione, perché non era mai successo, da quando è stata fondata la Regione, che un disegno di legge organico di riforma fosse veicolato attraverso una legge finanziaria.

Per quanto concerne la riduzione delle entrate tributarie ed extratributarie, su questo passaggio interverrà il mio collega di gruppo in maniera più dettagliata.

Con riferimento ai Giudici di pace vorrei chiedere al Presidente che cosa ha in mente di fare la Giunta regionale per quanto attiene alla loro valorizzazione ed alla loro professionalizzazione, anche tenuto conto del fatto che è stata riconosciuta loro, recentemente, una competenza in materia penale, sia pure di minore entità, però ormai i reati quali le percosse, le ingiurie, le lesioni, la diffamazione ed il danneggiamento, mi pare che rientrano nelle competenze dei Giudici di pace.

Un'ultima annotazione la faccio con riferimento al ruolo della Regione. Presidente, penso che questo potrebbe essere l'ultimo bilancio della Regione se non ci si dà una mossa per fare una proposta di nuova Regione, come potrebbe essere l'occasione per ripartire e ripensare funzioni proprie, di fronte ad un ente che ormai è al tracollo. Per quanto riguarda questo tipo di valutazione, la rimando a quanto recentemente, in sede di dibattito parlamentare, è emerso, con riferimento ad alcune sottolineature che qualche esponente a livello nazionale ha fatto, chiedendosi che senso ha un terzo ente, con riferimento al Trentino-Alto Adige, allorquando ormai le competenze sono ridotte a lumicino e che invece comunque una serie di risorse finanziarie le ha ancora a suo carico. Allora delle due l'una, o queste risorse finanziarie si usano in maniera oculata e quindi si usano bene i soldi pubblici per svolgere funzioni proprie, oppure non ha senso davvero prenderci in giro e tenere in piedi un ente che sta segnando i suoi passi.

Naturalmente chi parla, se è necessario chiarirlo, è fortissimamente convinto che questo ente deve essere ripensato e gli si devono attribuire sue proprie, nuove funzioni, tanto più in un contesto europeo, tanto più in ambiti che vedono molte volte le competenze travalicare gli angusti confini provinciali, si

pensi alle comunicazioni, all'ambiente, anche alla sanità, alla università, alla ricerca scientifica, non è più possibile pensare che la Regione non possa avere un ruolo, tanto più in un contesto europeo e tanto più di fronte ad una serie di competenze che si attaglierebbero molto bene alle funzioni di questo ente.

Quindi sono perché questo ente vada mantenuto e però non prendendolo in giro, tanto più prendendo in giro i cittadini, perché sono soldi di tutti quelli che alla Regione sono assegnati, ma riconoscendo a questo ente funzioni sue proprie, in modo da fargli svolgere ancora un ruolo di sintesi fra le due Province, ancora un ruolo capace di essere interlocutore autorevole nei confronti dello Stato e ancor più nei confronti della comunità europea.

Vizepräsident Denicolò übernimmt den Vorsitz Assume la Presidenza il Vicepresidente Denicolò

PRÄSIDENT: Danke! Frau Mair, Sie haben das Wort.

MAIR: Danke, Herr Präsident! Zu Beginn: Ich weiß nicht in welcher Schriftgröße der Bericht des Präsidenten abgefasst ist, aber ich möchte schon sagen, dass die Schriftgröße des Berichtes nichts über die Größe der Institution aussagt. Von allem Anfang an war es unser Vorschlag, dass das Familienpaket nicht zusammen mit dem Haushalt behandelt werden soll. Wir sind froh, dass dies in letzter Minute herausgenommen wurde, denn wir sind der Meinung, dass wenn es um eine so wichtige Materie, wie das Familienpaket, geht, ein eigenes Gesetz gemacht werden muss, das durch die normalen Institutionen, also durch die Kommission geht, und diese darüber diskutieren kann. Wenn es um diese Materie geht, so hat der Bürger auch das Anrecht darauf, ein leserliches Gesetz vorzufinden. Im Bericht des Präsidenten ist immer wieder die Rede von der „neuen“ Region. Der Begriff der neuen Region klingt zwar recht gut, in der Praxis aber, vor allem wenn man sich die letzten Tage und Wochen ja sogar Monate ansieht und diese Arbeiten hier betrachtet, so ist eigentlich alles beim Alten geblieben. Neues gibt es nicht viel zu entdecken und weil eben diese neue Region in gewohnter alter Manier arbeitet, konnte der Präsident Durnwalder ja auch nicht wissen, dass das Gemeindegewahlgesetz noch nicht beschlossene Sache ist, denn es klingt zumindest merkwürdig, wenn auf Seite 10 und 11 des Berichtes die Frauenquote bereits als Fakt hingestellt wird. Bekanntlich sind wir bei den Arbeiten aber erst bei Art. 16 und die Quotenregelung ist in Art. 30 des Gesetzes enthalten.

Zu den Bürgermeistern: Im Bericht des Präsidenten ist von einer finanziellen Bestrafung der Bürgermeister die Rede. Von einer finanziellen Bestrafung der Bürgermeister konnte auch bisher keine Rede sein. Man muss der Bevölkerung einfach eines erklären: Heute wurde im Radio berichtet, dass die Bürgermeister Südtirols in Zukunft mehr verdienen werden, die Gesamtausgabe jedoch das bestehende Ausmaß nicht überschreiten darf. Das bedeutet für mich, dass die Bürgermeister des Trentino künftig weniger verdienen werden. Wir sind einfach der Ansicht und deshalb haben wir uns gestern auch ganz klar gegen den Art. 14, so wie er verabschiedet wurde, ausgesprochen und haben dagegen gestimmt, dass die Festlegung der Gehälter der Verwalter nach unserer Überzeugung in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt. Das sagen nicht nur wir: Auch die Europäische Charta der

lokalen Selbstverwaltungen sieht vor, dass die Festlegung der Amtsentschädigungen der Gemeindeverwalter von den Gemeinden selbst vorzunehmen ist. Aber weitere Aussagen zum Wahlgesetz möchte ich in diesem Zusammenhang nicht mehr machen, da wir dies beim Gesetz zur Gemeindevahlordnung noch abklären werden. Wie im Bericht zu lesen ist, sind bei der Region durch die Übertragung der Kompetenzen auf dem Sachgebiet Grundbuch, Kataster, Handelskammern und Genossenschaftswesen nicht mehr viele Zuständigkeiten geblieben. Wir Freiheitlichen haben die Delegierungen selbstverständlich unterstützt. Leider aber haben der SVP bei der letzten Verfassungsänderung der Mut und auch die allerletzte Konsequenz gefehlt, um die Abschaffung der Region zu verlangen.

Zur finanziellen Ausstattung der Region: Die Verminderung - wie es im Bericht zu entnehmen ist - der Haushaltsmittel von 326 Millionen Euro auf 306 Millionen Euro hält sich angesichts der verminderten Kompetenzen eigentlich in Grenzen. Wenn man dabei noch bedenkt, dass die Steuereinnahmen sogar eine Steigerung um 5 Millionen Euro erfahren, wird eindeutig klar, dass die Bürger ganz einfach mehr Steuern gezahlt haben. Es stellt sich für mich schon die Frage, wie lange wir der Bevölkerung noch diese Bezahlung zweier Institutionen - der beiden Landtage und des Regionalrats - zumuten wollen bzw. zumuten können. Die Abschaffung der Region - auch wenn diese Institution vom Präsidenten Durnwalder so blumenreich und neu bezeichnet wird - wäre nicht nur ein politisches Signal, sondern wäre vor allem ein klarer Beitrag zum Sparen. Wir Freiheitlichen wiederholen erneut, dass eine Zusammenarbeit zwischen Südtirol und dem Trentino notwendig ist, dass es dafür aber keine eigene Institution braucht.

Abschließend noch ein paar Gedanken zur europäischen Integration - wie im Bericht die Rede ist: Obwohl die Haushaltsmittel um rund 7 Prozent gekürzt wurden, erweckt der Bericht eigentlich den Eindruck, dass in diesem Bereich sehr viel geplant ist. Ich bezweifle aber, dass mit den geplanten Maßnahmen über die Region ein Europabewusstsein gebildet werden kann. Wenn wir nicht einmal imstande sind, die Arbeiten hier im Regionalrat den Leuten näher zu bringen - die Leute draußen wissen gar nicht, was wir tun, es wissen hier einige selbst nicht, was sie tun, einige wissen nicht, ob sie der Mehrheit angehören oder wem auch immer - wenn wir nicht imstande sind, die Arbeiten der Region den Leuten näher zu bringen, dann kann ich mir schwer vorstellen, dass das Europabewusstsein gerade über die Region stärker gebildet werden soll. Es freut mich allerdings, dass Präsident Durnwalder im Regionalrat über europäische Anliegen spricht, was er uns ja im Südtiroler Landtag untersagen wollte. Für die Trientner Kollegen: Im Südtiroler Landtag sprach er sich dagegen aus, dass wir über die menschenverachtenden Benes-Dekrete und den Minderheitenschutz in anderen Ländern reden dürfen. Nur soviel zum Europabewusstsein, das von der Region ausgehen sollte, im Landtag aber angeblich nicht gilt.

Von unserer Seite aus möchte ich jetzt schon sagen, dass wir ganz klar gegen diesen Haushalt stimmen, weil sich unsere grundsätzliche Einstellung zur Region nicht sonderlich geändert hat - im Gegenteil. Im Bericht können wir nichts wirklich Neues entdecken, was unsere Liebe zu dieser Institution und unser Feuer zur Region entfachen könnte. Deshalb ein klares Nein zu diesem Haushalt.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Kollegin.
Kollege Urzì, Sie haben das Wort.

URZÌ: Grazie, Presidente. Non avevo intenzione di intervenire, anche perché questa manovra di bilancio concedeva pochi spunti di riflessione e di intervento dal punto di vista qualitativamente significativo, soprattutto dopo l'annuncio dello stralcio di tutta quella parte che attiene la politica sociale, che come avevamo ritenuto opportuno dal primo momento, andrà a comporre in un quadro organico un proprio disegno di legge, che quindi organicamente potrà essere affrontato sia in Commissione legislativa che in aula.

Ho ritenuto di intervenire invece, ho cambiato idea signor Presidente, dopo aver ascoltato le parole del Presidente della Giunta – non so se chiamarlo provinciale o regionale, entrambe le cose, ho un po' di confusione in testa, ma credo la abbiano anche molti altri insieme a me – Durnwalder e dopo aver potuto prendere atto della conclusione del suo intervento che tira le somme dei concetti espressi nel corso della relazione e conclude in maniera assolutamente trasparente, schietta, come peraltro nelle abitudini del Presidente Durnwalder, affermano che tutto ciò che ha costituito la manovra di bilancio, tutto ciò che ha costituito il suo intervento rappresenta una tappa importante nel significativo salto di qualità della collaborazione tra le due Province.

Signor Presidente, non è sicuramente per apparire dei nostalgici della Regione, non è assolutamente per una questione di principi piuttosto che di altro, io mi sento in dovere, signor Presidente, di sottolineare questo come un passaggio simbolico e significativo di una volontà che pervicacemente è stata seguita, che si è costruita attraverso atti di concreta smobilitazione della istituzione regionale e che si è tradotta poi in quello che abbiamo tutti di fronte agli occhi.

Oggi con schiettezza si prende atto del salto di qualità della collaborazione tra le due Province, perché questo emerge anche nel corso della relazione, prendendo atto del superamento sostanziale e non solo simbolico dell'ente regionale. Se ne prende atto rappresentando la Regione come una cornice, una bella cornice, raffinata, magari intarsiata d'oro, ma comunque pur sempre una cornice.

Nell'ambito della relazione si apprezza il valore architettonico della struttura in cui risiede l'ente Regione, si spendono delle parole per la Regione per giudicarne la dignitosa collocazione funzionale ed architettonica, il palazzo di cui si celebra anche l'architetto, ma del resto se ne perde traccia e si celebra al contrario il significativo salto di qualità della collaborazione tra le due Province. Signor Presidente, quella collaborazione che noi da sempre abbiamo auspicato, come un valore aggiunto alla Regione Trentino-Alto Adige, qui se ne prende atto come invece atto fondamentale, costituente la stessa Regione del Trentino-Alto Adige.

Ho ritenuto di intervenire per spendere queste pochissime parole, evidentemente solo per sottolineare questi passaggi, senza voler spendere ulteriori parole, riflessioni che tanto abbiamo speso in questi ultimi anni, nel mentre erano in corso i progetti di riforma, sia a livello nazionale che a livello locale, che avrebbero prodotto poi ciò di cui oggi stiamo parlando.

E' curioso, signor Presidente, che mentre da un lato si prende atto della chiusura di una grande stagione, dall'altra parte si ipotizza l'apertura di una nuova stagione, questo è sempre bene, perché una stagione segue l'altra, ma è male quando si afferma con questo una contraddizione in termini e mi spiego. Si chiude la stagione della collaborazione nell'ambito della regione europea del Trentino-Alto Adige, regione europea sotto tutti i punti di vista, regione europea che è luogo di incontro di comunità linguistiche, culturali, di volontà, di ambizioni, di speranze molto diverse, si chiude l'epoca della collaborazione istituzionalizzata nella forma regionale nell'ambito della regione europea del Trentino-Alto Adige e si indica l'obiettivo che dobbiamo perseguire, non sono mie parole, sono parole del Presidente Durnwalder, che è quello di rendere la collaborazione transfrontaliera tra Alto Adige, Trentino e Tirolo sempre più istituzionalizzata.

E' in questo passaggio che risiede una contraddizione politica fortissima, che in questa sede va sottolineata con una sorta di fastidio, si chiude la collaborazione che aveva trovato forma nell'istituzione della Regione Trentino-Alto Adige, in sostanza questo accade ed è accaduto, perché si è affermato che doveva essere resa snella quella forma di cooperazione istintiva, naturale, fra le due Province autonome di Bolzano e di Trento, senza troppe forme ed appesantimenti e si apre invece la forma di collaborazione che si vorrebbe sempre istituzionalizzata in una dimensione non transnazionale, perché questo è un concetto positivo, ma in una dimensione eurotirolese e questo è un concetto negativo, perché chiude e non apre le visioni, gli sguardi ad un mondo che è più ampio rispetto a quello in cui sembra volersi circoscrivere, una sorta anche di propria forma di affinità identitaria, che è l'ambito eurotirolese o tirolese senza euro.

Allora, signor Presidente, mi permetta di sottolineare come questa indicazione che lei ha introdotto nell'ambito della sua relazione, non aveva dubbi che questo potesse accadere, cioè l'indicazione per una forma di collaborazione sempre più istituzionalizzata fra le province di Bolzano, di Trento e del Tirolo, non fra la Regione Trentino-Alto Adige e Tirolo, ebbene questa prospettiva che lei indica è una prospettiva che non piace, perché è una prospettiva che non apre a quella forma dinamica di rapporti, di collaborazione, di cooperazione che pure sono essenziali nell'ambito dell'Unione Europea, ma rinchiude questa forma di collaborazione nell'ambito di una forzata forma istituzionalizzata, nell'ambito di quella che non a caso si vorrebbe fosse una autentica istituzione che superasse la Regione Trentino-Alto Adige e ne costituisse una nuova fra Kufstein e Borghetto.

Allora, signor Presidente, se questo è il bilancio con cui si chiude questo primo anno di legislatura, è il bilancio che vuole aprire questa legislatura al proprio secondo atto, non abbiamo grandi motivi di cui rallegrarci, né abbiamo anche grandi spunti di riflessione essendo svuotato l'impegno, in termini di amministrazione, in termini di programmazione politica della Regione Trentino-Alto Adige, essendo ridotta la sua amministrazione alla mera gestione di un patrimonio finanziario, gestito per conto delle Province autonome di Trento e di Bolzano, trasformando sempre più questa istituzione in quella sorta di bancomat, di cui solo pochi conoscono il PIN.

Detto questo, signor Presidente, credo che se poco ci è rimasto da commentare su quella che è la qualità dell'azione amministrativa della Giunta

regionale, poco probabilmente avremo da commentare anche in futuro su quelli che saranno gli impegni e gli sforzi della Giunta regionale, sapremo eventualmente valutarli da un punto di vista ragionieristico, valutando di volta in volta come i fondi regionali saranno stati investiti nelle iniziative poi direttamente condotte e gestite dalle Province autonome di Bolzano e Trento. Grazie, Presidente.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. de Eccher, Sie haben das Wort.

de ECCHER: Egregio Presidente, parto nel mio intervento dalla sua relazione. A pag. 4 lei sostiene: *La Giunta si è riunita ogni 15 giorni e i risultati hanno cominciato a farsi vedere: pensiamo solo all'azione congiunta per la salvaguardia dell'autonomia rispetto ad alcuni atteggiamenti preoccupanti del Governo.* Credo che lei qui si appropri di meriti che non le appartengono, se l'autonomia è stata in qualche modo tutelata, non è certo in ragione dell'intervento delle forze di minoranza, ma probabilmente perchè le forze di maggioranza hanno ritenuto di operare in quell'ambito, in quella direzione. Lo dice uno che il discorso dell'interesse nazionale lo andrebbe a mettere non in ogni legge, ma in ogni articolo.

A pag. 8 leggo: *Quindi dobbiamo porci seriamente gli obiettivi dell'efficienza, del risparmio, della eliminazione di tutto ciò che non è più strettamente necessario o non è utile al buon funzionamento dell'Amministrazione.* Penso anch'io che voi dobbiate porvi seriamente gli obiettivi dell'efficienza, del risparmio, della eliminazione di tutto ciò che non è più strettamente necessario o non è utile al buon funzionamento dell'Amministrazione.

A pag. 9: *Aver previsto che un solo genere non possa superare i due terzi dei candidati presenti in lista non risolverà automaticamente un deficit che ha molte altre concause, ma rappresenta sicuramente un importante passo avanti verso le pari opportunità tra uomo e donna.* Questo è un passaggio che riguarda la legge sull'ordinamento dei comuni, presenterò lì le mie riserve su questo punto.

Sempre nella stessa pagina si legge: *Sento tuttavia il dovere di sottolineare che i Sindaci sono esposti a responsabilità rilevanti e sono tutti i giorni in trincea nel difficile compito di rispondere alle esigenze e alle aspettative dei cittadini. E tutto questo con vincoli sempre più rilevanti e con risorse sempre più contenute. A ciò si aggiunga che un amministratore che sottrae moltissimo tempo e moltissime energie al proprio lavoro e alla propria famiglia per dedicarsi alla politica, non può essere penalizzato anche sul fronte della contropartita finanziaria che deriva dal suo incarico.* Voglio sottolineare quel *non può essere penalizzato*, che alla luce delle tabelle che abbiamo conosciuto credo suoni offesa ad altri lavoratori. Peraltro voglio sottolineare che in questa trincea che lei ha sottolineato non si trovano solamente i sindaci della sua provincia, ma anche della provincia di Trento, che hanno trattamenti ben diversi.

A pag. 17 abbiamo un riferimento all'art. 16: *Con l'art. 16 si dà risposta alle questioni più urgenti poste alle cooperative dalla riforma del diritto societario.* Credo che un argomento di questa portata meriti un adeguato approfondimento. Come consiglieri abbiamo ricevuto della documentazione da

una parte e dall'altra, diciamo che con il nuovo codice civile è stata attivata la riforma del diritto societario, i responsabili dell'ordine dei dottori commercialisti si sono attivati per la provincia di Trento e per la provincia di Bolzano, hanno posto l'attenzione su alcuni passaggi che effettivamente hanno una forte delicatezza, probabilmente c'è materia anche per eventuali ricorsi, io che personalmente non ho nulla contro il sistema delle cooperative, perché so anche distinguere, personalmente sono socio della cantina di Mezzocorona, della cooperativa di Cavedine e della Cassa Rurale della Valle dei Laghi, quindi evidentemente partecipo attivamente a queste iniziative, però accanto a queste ce ne sono altre che rappresentano invece forme di decadimento.

Vi sono cooperative che sono effettivamente strumenti di sfruttamento del lavoro, ne abbiamo avuto visione attraverso alcune polemiche, ricordo la cooperativa del Mart, sul quale, per ragioni personali, ho avuto modo di informarmi, bisogna fare attenzione. Quando poi andiamo a vedere che dietro queste cooperative ci sono ex sindacalisti, il più delle volte le perplessità aumentano.

Vi posso dire che vi sono anche altre cooperative, ho avuto modo di verificare l'operato di alcune cooperative che si muovono nell'ambito del sostegno ai detenuti, anche qui forse non tutti sanno che si spendono dei denari per tenere dei corsi a detenuti che, una volta scontata la pena, obbligatoriamente se ne andranno dall'Italia. Allora finanziamo persone che lavorano in questo senso, oltretutto al detenuto vengono dati due euro all'ora per seguire questi corsi, che sono assolutamente inutili, perché poi queste persone saranno espulse.

Tenete conto che un detenuto costa all'incirca 12 milioni di lire al mese alla comunità, allora sarebbe bene dislocare gli stabilimenti di pena in prossimità di strutture da lavoro, affinché queste persone comunque concorrano al proprio mantenimento e un domani, se italiani, possano avere anche quel minimo di pensione ricavata con i propri contributi.

Quindi per dire che nel mondo della cooperazione c'è tutto ed il contrario di tutto e quindi un certo controllo, a mio giudizio, si rende comunque necessario. In ogni caso non è pensabile trattare un punto di questa portata con due righe in relazione.

Andando avanti, a pag. 26 abbiamo i riferimenti a quella che è l'Europa, c'è un passaggio: *Per fare ciò è di estrema importanza riuscire a coinvolgere gli attori sociali nel processo di sensibilizzazione e formazione di una coscienza europea.* Più avanti si va a toccare il discorso della cooperazione transfrontaliera, perché qui ci sono sempre due dimensioni e la terza manca in maniera sistematica, c'è la dimensione regionale, c'è la dimensione europea, a volte si arriva al passaggio transfrontaliero.

Vorrei ricordare al Presidente Durnwalder che il Trentino-Alto Adige confina anche con la Lombardia, con il Veneto e con il Friuli Venezia Giulia. Qualche lezione di geografia forse potrebbe essere utile per favorire indirizzi di ordine politico e strategico.

Per la parte relativa allo stato sociale, voglio concludere su questo punto, mi è rimasta un'esperienza amara, pesante, perché un'intera legge è stata portata in Commissione, sono state impedito le audizioni, in un paio d'ore si è passata una legge con un sistema che pareva veramente militarizzato, lo dico perché probabilmente anche il Presidente che di militarizzato ha

obiettivamente poco, il Presidente della Commissione che ho visto anche in un certo imbarazzo per la sua sensibilità manifestata più e più volte, credo che un precedente di questo genere debba insegnare qualcosa, non si debba ripetere e possa essere come esperienza negativa di monito per il futuro dei nostri lavori.

Interverrò eventualmente poi sugli articoli.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Holzmann, Sie haben das Wort.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Colleghi consiglieri, signor Presidente della Giunta, ho letto la sua relazione al bilancio ed alla legge finanziaria in questo carattere 22, a prova di miope, con il quale si è riusciti a riempire 30 pagine, ma questo non per colpa sua o perché lei non avesse la volontà di scrivere di più, ma oggettivamente era difficile scrivere di più e questo, come abbiamo detto in altre occasioni, la Regione oggi ha perso quasi completamente il proprio ruolo, la propria fisionomia.

La scorsa legislatura noi ci siamo combattuti con le armi della democrazia in questo Consiglio, per lunghi mesi, sul disegno di legge per le deleghe, ma una volta passato con forzature del regolamento, oggi della Regione rimane poco e quindi c'è poco da scrivere e poco da discutere su questo bilancio in realtà.

La cosa che mi dispiace è che da questo poco non si cerchi di costruire qualcosa, perché se vogliamo abolire la Regione definitivamente lo si deve dire chiaramente, ma credo che questo ormai sia un obiettivo non più desiderato, nemmeno dalla SVP che anni fa aveva fatto un cavallo di battaglia della abolizione della Regione, oggi credo che questo obiettivo non sia più attuale e non sia più desiderato.

Mantenere questo simulacro semivuoto non credo sia utile a nessuno, tra l'altro siamo tutti vittime di un regolamento interno che purtroppo ci costringe a stare in aula delle ore ed io non nascondo il mio profondo disagio, anche in qualità di membro dell'opposizione, nel perdere tanto tempo per giornate intere a discutere sul nulla, perché questo nostro regolamento consente a ciascuno di potersi gestire per ore i propri interventi e le proprie iniziative.

Questo credo sia un punto cruciale in un ragionamento generale e complessivo di rilancio della Regione, perché se non si metterà mano ad un regolamento in termini di efficacia e di efficienza dell'aula, ben difficilmente si potrà sostenere che questa Regione possa e debba avere un futuro, diventerà soltanto luogo per schermaglie verbali di scarsissimo rilievo e di nessun risultato e lo dice un consigliere dell'opposizione. Quindi credo che questo abbia un certo senso ed un certo valore.

Per quanto riguarda invece gli aspetti più specifici della politica regionale, possiamo dire che questo ente ha subito una sorta di implosione e quindi oggi fa fatica a definirsi un ruolo che ne legittimi la sopravvivenza. Noi abbiamo già detto, in molte altre occasioni, ma soprattutto nella passata legislatura, quando si è discusso il disegno di legge sulle deleghe, abbiamo sostenuto che la Regione può avere un ruolo importante per la nostra popolazione se alla Regione si assegnano compiti di coordinamento di competenze che sono già in capo alle due Province.

Con questo non voglio auspicare un ritorno al primo statuto o a sottrarre le competenze alle Province, ma semplicemente in materie di comune interesse dare alla Regione un compito di coordinamento e le abbiamo anche elencate queste materie che sono la sanità, in riferimento all'attivazione di nuovi reparti ospedalieri, alla grande viabilità, alle grandi opere pubbliche, alla tutela dell'ambiente, fino anche alla cultura. Credo che su queste materie la Regione potrebbe avere un proprio ruolo se lo si vuole dare, se invece non glielo si vuole riconoscere, bisogna avere anche il coraggio di dirlo.

Ricordo che la scorsa legislatura – questo sarà l'ultimo richiamo che farò a quel nefasto disegno di legge, poi diventato legge, sulle deleghe – anche da parte del centrosinistra si sosteneva questa tesi e cioè che si sarebbe votato a favore delle deleghe alle due Province, però si sarebbe, contestualmente, iniziato una riflessione sul futuro della Regione. Ebbene, questa riflessione credo non sia mai iniziata e se è iniziata non è terminata, comunque non c'è stato modo di valutare i risultati di questo sforzo intellettuale del centrosinistra che, con tanta disinvoltura, ha approvato la scorsa legislatura il disegno di legge sulle deleghe.

Questa è la situazione di partenza, per cui il Presidente certamente non poteva fare né di più, né meglio di quello che ha scritto in questa relazione. Noi manteniamo ovviamente le nostre perplessità di carattere politico su alcuni aspetti del bilancio, in particolar modo aspetti che riguardano il cosiddetto welfare, ma di questo se ne parlerà più avanti.

Una cosa che invece debbo notare positivamente è un sostanziale miglioramento del rapporto tra maggioranza e opposizione, con un maggiore dialogo, con una volontà reciproca di arrivare a delle soluzioni, queste si sono manifestate, questo diverso atteggiamento, questo diverso spirito anche in occasione di questa legge sull'ordinamento dei comuni che è la legge più importante che discuteremo in questa legislatura, quindi un clima notevolmente diverso rispetto alla scorsa legislatura, dove invece il rapporto maggioranza opposizione si era progressivamente sfilacciato, fino a diventare un atteggiamento di chiusura reciproca.

Formulo, proprio in virtù di questa analisi, l'auspicio e soprattutto l'invito alla Giunta regionale che questo spirito nuovo venga accolto positivamente e soprattutto sia foriero di un clima nuovo, anche in virtù proprio delle riflessioni che credo sia nostro dovere cominciare a fare sul futuro di questo ente. Grazie.

Assume la Presidenza il Presidente Magnani Präsident Magnani übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Pöder. Ne ha facoltà.

PÖDER: Vielen Dank, Herr Präsident! Einige kurze Anmerkungen, weil ich denke, dass wir doch noch die Gelegenheit haben werden, über diesen Haushalt zu diskutieren. Wir sollten ihn eigentlich in eineinviertel Stunden abgeschlossen haben, so zumindest war gestern die Überzeugung der Mehrheit. Die Kraft des positiven Denkens der Mehrheitsfraktionen wird uns aber trotzdem wahrscheinlich nicht dazu treiben und dazu bringen, dass dieser Haushalt abgeschlossen wird. Nun nichtsdestotrotz muss man dazu einige

Punkte klarstellen. Die Region wird zur Spielzeugkiste der Landeshauptleute, es wird hier - wenn nicht schon vorhanden - die Methodik der Länder übertragen; z.B. die „Fliegerlen“ von Airlps haben gezeigt, dass diese Spielzeugkiste auch dazu verwendet werden soll, das Lieblingsspielzeug des Landeshauptmannes zu finanzieren, zu hätscheln, zu hegen und zu pflegen. Die Bürgermeister sollten ja mit der Neuregelung der Thematik Bürgermeistergehälter zu Marionetten gemacht werden. Ursprünglich war es ja so, dass die Regionalregierung vorgeschlagen hatte, dass sie ganz alleine oder sogar nur die Landesregierungen als Alternative die Bürgermeistergehälter zu entscheiden hätten. Die Spielzeugkiste beinhaltet also einiges an Spielzeug, aber wir haben bisher sehr wenig im Sinne der Bürger gearbeitet. Seit Wochen diskutieren wir über die Bürgermeistergehälter als scheinbar wichtigste und zentralste Frage der gesamten Thematik Gemeindeordnung und Gemeindewahlgesetz. Wir haben im nächsten Jahr Gemeindewahlen und trotzdem muss man eines erkennen: Die Bürgermeistergehälter sind sicherlich keine existentielle Frage für das Gemeinwesen in den Gemeinden Südtirols. Sie ist die unwichtigste Frage gewesen, über die wir am längsten, am intensivsten diskutiert haben. Je öfter wir darüber diskutiert haben, desto verfahrenere wurde die Situation und desto klarer wurde auch, dass es eigentlich nicht im Sinne der Bürgermeister an sich ist. Ich würde mich als Bürgermeister ganz schön bedanken, wenn ich einige Monate vor den Gemeinderatswahlen eine derartige öffentliche Werbung erhalten hätte. Ich würde mich dafür wahrlich bedanken, wenn der Eindruck erweckt wird, dass es allen nur um das Geld geht. Wenn der Eindruck entstanden ist, dass es nur darum geht, wie die Gehälter geregelt werden und es in den Gemeinden künftig um nichts anderes gehen wird. Das wird euch und euren Bürgermeistern hoffentlich bei den nächsten Gemeinderatswahlen einige Probleme bereiten. Wir werden nämlich dann anhand dieser wochenlangen intensiven Diskussion über die Bürgermeistergehälter schon belegen können, dass es euch um das Geld, um die Amtsentschädigungen und um wenig anderes geht. Margherita und SVP waren und sind daran schuld, dass wir immer noch keine Lösung für die Gemeindewahlgesetzgebung haben. Es wurde kein bisschen Obstruktion im Regionalrat gegen das Gemeindewahlgesetz betrieben. Hätten nicht die Opposition und auch der Unterfertigte selbst immer wieder darauf gedrängt, dass wir mit diesem Gemeindewahlgesetz weitermachen müssen, dass sich die Mehrheit endlich im Klaren darüber werden soll, was sie auch in der Frage der Bürgermeistergehälter will; hätte nicht die Opposition dann letztlich auch irgendwo einen Kompromiss mit ausgehandelt, dem sie selbstverständlich nicht zugestimmt, aber den sie mit ausgehandelt hat, um die Gemeindeordnung auf den Weg der rechtzeitigen Verabschiedung zu bringen, dann wären wir immer noch nicht über den Art. 1 dieses Gemeindewahlgesetzes hinausgekommen. Im Prinzip hätte man Obstruktion betreiben wollen, die schönste Art von Obstruktion, die am wenigsten Mühe macht, wenn die Mehrheit selbst ein Gesetz beinahe zu Fall bringt und nur über einen im Prinzip unwichtigen, für sie offenbar essentiellen und existentiellen Punkt diskutiert. Die Gemeinden draußen haben eine ganze Reihe von Problemen und das kleinste davon sind die Gehälter der Bürgermeister. Ich weiß nicht, mit welchen Bürgermeistern die Mehrheitsvertreter geredet haben. Auf jeden Fall die Bürgermeister, mit denen ich geredet habe, haben gesagt, sie hätten gar keine Neuregelung gewollt bis

auf ein paar Fragen, bei denen die Opposition auch nicht dagegen war, z.B. in den Gemeinden mit bis zu 2000 Einwohnern die Amtsentschädigungen für die Assessoren für die Gemeindeferenten oder die Frage bestimmter Absicherungen für die Bürgermeister an sich. All das war nicht strittig. Strittig war natürlich die Methodik, und zwar wer künftig darüber zu entscheiden hat. Wir sind jetzt bei einem Punkt angelangt, bei dem ich persönlich nicht die Verordnung über die Gehälter der Bürgermeister erlassen möchte, weil ich mir nicht ganz im Klaren darüber bin, wie ihr das dann anstellen wollt. Auf der einen Seite haben wir erwirkt, dass es keine Erhöhungen geben darf, auf der anderen Seite aber soll es doch Angleichungen geben. Wir werden dem Meraner oder dem Leiferer Bürgermeister künftig sagen, dass er weniger als der Brixner Bürgermeister oder wie auch immer verdienen wird. Es gibt sicherlich einige Probleme, aber ihr habt diese Frage zur Überlebensfrage hochstilisiert und letztlich hat hier die Opposition einmal mehr ihr Verantwortungsbewusstsein bewiesen. Man hat uns in den vergangenen Tagen in der Fraktionssprechersitzung gebeten, die Verantwortung, die wir tragen, zu berücksichtigen und heute diesen Haushalt über die Bühne gehen zu lassen, dann eben morgen die Gemeindeordnung und das Gemeindegewahlgesetz zu verabschieden und dann noch möglichst innerhalb Jänner das Familien- und Sozialpaket zu behandeln. Wir haben nichts dagegen. Niemand hat irgendetwas einzuwenden, dass der Haushalt heute verabschiedet werden kann. Er kann dies nicht. Es ist eine materielle und eine logische Frage. Auch morgen das Gemeindegewahlgesetz zu verabschieden; keine Ahnung, ob das wirklich geht. Wir werden sehen, wie weit sich die Mehrheit wieder ein paar Haxeln stellt. Und dann das Familienpaket innerhalb Jänner verabschieden. Es liegt nicht einmal ein Gesetzentwurf vor, der offiziell eingebracht und in der Kommission behandelt wurde. Man bittet uns von der Opposition, dass wir hier dieser doch termingerechten Verabschiedung immer wieder Vorschub leisten und nichts in den Weg legen. Dies tun wir nicht. Dies besorgt die Mehrheit selbst, das ist das Problem und das zeigt eigentlich, wie unsinnig diese Region mittlerweile geworden ist. Eigentlich ist es ja schon Ironie der Geschichte, dass jene, die am meisten an dieser Region hängen und sie am meisten verteidigen, sie letztlich am schnellsten und am sichersten zerstören. Aber das soll nicht unser Problem sein, sondern das wird das Problem jener sein, die dann künftig keine Postenbesetzungen mehr in der Region vornehmen können.

Wir brauchen also heute nicht viel länger, über diesen Haushalt zu reden. Ich halte auch die Verpflichtung ein, die wir gestern eingegangen sind, hier so kurz wie möglich Stellung zu beziehen.

Nur noch eines möchte ich anmerken: Die Frage der Neuregelung des Genossenschaftswesens. Da ist ein Fehler enthalten, den man so nicht machen kann. Ich verstehe schon, dass man dies hier als Übergangsregelung vorsehen will, aber es geht um die Frage der Rechnungsprüfer. Bisher ist im Genossenschaftsgesetz bereits geregelt, dass die Revisionen von den Verbänden der Genossenschaften, den Konsortien - bei uns vom Raiffeisenverband - durchgeführt werden müssen. Da kann man ja oder nein sagen. Es war bisher so geregelt und es hat zu großen Problemen geführt. Wir haben im Zusammenhang mit der Milkon-Affäre gesehen, dass diese Kontrolle nicht funktioniert. Der Raiffeisenverband Südtirol hat seine gesetzliche Verpflichtung zur Revision vernachlässigt, hat die Milkon in die Misere schlittern

lassen, hat sogar durch Interessenskonflikte Vorschub geleistet und, und, und... Aber jetzt ist man in diesem Finanzgesetz dabei einen noch größeren Interessenskonflikt zu schaffen und zwar dadurch, dass man bestimmt gegen die europäischen Normen, gegen das Zivilgesetzbuch und gegen das Gesellschaftsrecht vorgeht. Die Tatsache, dass praktisch ein Rechnungsprüfer Mitglied eines solchen Verbandes, ein Angestellter der Genossenschaften sein muss, ist nicht möglich. Man sollte sich zuerst erkundigen, wie das überhaupt geschehen soll. Ein Rechnungsprüfer gerät in einen solchen Interessenskonflikt; wir hatten in Südtirol anders gelagerte Fälle, die Namen sind bekannt, die aus dem Verzeichnis der Rechnungsprüfer gestrichen oder suspendiert wurden, weil sie in einen solchen Interessenskonflikt geschlittert sind, und hier programmiert man den Interessenskonflikt. Wenn ein Rechnungsprüfer bei einer Gesellschaft, in diesem Fall einer Genossenschaft, deren Verwaltungsrat er angehört oder bei der er angestellt ist oder in diesem Fall bei den Genossenschaftsverbänden wie z.B. beim Raiffeisenverband, bei dem eine Genossenschaft Mitglied ist, eine Rechnungsprüfung durchführt, dann wird er unweigerlich in eine illegale Situation schlittern und muss selbstverständlich aus dem Verzeichnis der Rechnungsprüfer gestrichen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine solche Vorgangsweise mit den Rechnungsprüfern, mit den zuständigen Organen auch der Berufskammern abgesprochen worden ist. Ich weiß, es wurden von den zuständigen Organen Briefe an die Regionalregierung und an die Landesregierungen verschickt, die natürlich ihre Berufskategorie verteidigen. Selbstverständlich bin ich nicht der Fürsprecher irgendwelcher Berufskategorien, aber eines ist sicher, sie haben Recht, dass diese Thematik inhaltlich nicht so geregelt werden kann. Sie widerspricht ganz eindeutig dem Zivilgesetzbuch und zwar allen Artikeln, die auch im Art. 2994 des Zivilgesetzbuches erwähnt sind. Hier muss auf jeden Fall ein Interessenskonflikt vermieden werden, was die Rechnungsprüfer an sich angeht. In diesem Fall wird im Absatz 5 des Art. 16 dieses Finanzgesetzes eindeutig dieser Interessenskonflikt per Regionalgesetz vorgeschrieben. Er ist aber mit Sicherheit nicht legal und beim ersten Rekurs gegen eine solche Rechnungsprüfung und eine solche Vorgangsweise oder beim ersten Rekurssteller eines Rechnungsprüfers, der z.B. nicht ein Beschäftigter des Raiffeisenverbandes ist, wird diese Norm fallen. Aber was ich hier anprangere ist, dass man hiermit eigentlich eine Lex-Raiffeisen, Lex-Milkon, einfügt und dass dieser Interessenskonflikt künftig auch für die Rechnungsprüfung per Gesetz festgeschrieben werden soll. Ich verstehe nicht, wie man das tun kann. Ich verstehe schon den politischen Hintergrund, dass man hier einigen Lobbies helfen, die Kontrolle so viel wie möglich einschränken und sie so wenig wie möglich unabhängigen Organen übertragen will. Wie gesagt, ihr wurdet darauf aufmerksam gemacht. Ich verstehe nicht, warum diese Norm immer noch drinnen ist. Ich beantrage die Streichung und ersuche alle erneut nachzudenken, dass man dabei eine illegale Situation per Regionalgesetz schafft, die beim ersten Rekurs mit Sicherheit fallen wird. Dann dürft ihr nicht zu mir kommen und sagen, das geprüft zu haben, denn ihr habt auch die authentische Interpretation zum Wahlgesetz geprüft und die wurde mittlerweile selbstverständlich für höchst bedenklich erklärt und wird sogar vom Verfassungsgericht geprüft. Ihr seid also mit Sicherheit hier wieder auf einem gesetzlich nicht stichhaltigen Weg. Man kann die Kontrolltätigkeit nicht jenen

übertragen, die beraten und gleichzeitig das Geld für die Beratung kassieren. Das heißt, dass die Genossenschaftsverbände, die eine Beratung für die Genossenschaften durchführen, dafür bereits heute Geld erhalten. Morgen sind es dann die Rechnungsprüfer, die auf der einen Seite beraten und auf der anderen Seite die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen durchführen müssen. Ich verstehe nicht, wie man diesen Interessenskonflikt lösen will, man wird ihn nicht lösen können, man kann ihn nicht lösen. Man geht ihn ganz bewusst ein und ist einfach der Meinung, dass niemand dagegen Einspruch erheben wird. Das wird sicherlich so sein. Es ist nun einmal vom Gesellschaftsrecht, vom Zivilgesetzbuch und auch von den europäischen Normen verboten und da können irgendwelche Gutachten oder was auch immer vorgelegt werden, die das Gegenteil beweisen. Das wird nicht halten. Es ist nun einmal ein klarer Grundsatz: Jener der eine Gesellschaft oder auch Genossenschaft berät, kann nicht gleichzeitig Kontrolleur sein. Damit wird diese ungute Situation, die bei uns zum Milkon-Skandal wesentlich dazu beigetragen hat, ganz klar dementiert. Das sollte gestrichen werden, wenn wir irgendwann einmal in nächster Zeit erneut zur Behandlung des Finanzgesetzes und des Haushaltes kommen werden. Ich weiß nicht, wann das sein wird. Ich schließe mit dem, was ich eingangs gesagt habe, ab und zwar dass die Kraft des positiven Denkens der Mehrheit hier auch nicht viel bewirken wird. Wir haben jetzt mittlerweile nur mehr 57 Minuten zur Verfügung, um den Haushalt zu genehmigen. Es war eine totale Fehlplanung. Die Unfähigkeit der Mehrheit in dieser Region offenbart sich schon alleine daran, dass man total unfähig ist, hier eine Planung aufzustellen, wie man den übernommenen Verpflichtungen nachkommt. Ihr seid die Verpflichtung eingegangen diese Region zu regieren, Gesetze wie Haushalt und Gemeindeordnung zu erlassen und ihr kommt dieser Verpflichtung nicht nach. Ihr seid total unfähig, sei es von der Strategie, sei es von der Konzeption, sei es von der Planung und auch vom Inhalt der Gesetze her.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Molinari. Ne ha facoltà.

MOLINARI: Spero di non sottrarre tempo prezioso ai 56 minuti che ci ha appena ricordato essere a nostra disposizione il collega Pöder.

Signor Presidente, vorrei porre alcune questioni, auspicando una risposta da parte del Presidente della Giunta regionale, ma nella logica di riferirmi al bilancio in quanto tale, ma mi pare che la logica sia altresì quella di fare un'unica discussione.

Cercavo di coerenza la relazione che ci ha voluto leggere oggi il signor Presidente della Giunta regionale con le relazioni accompagnatorie dei due rispettivi disegni di legge. A parte le riflessioni su temi, gli uni ancora in corso di dibattito, vale a dire la legge sull'ordinamento dei comuni e altri, il disegno di legge sulle politiche sociali che è rimandato ad un domani, credo sia interessante cercare di cogliere nel bilancio della Regione, per l'anno 2005, alcuni riferimenti in ragione del senso che alla Regione il signor Presidente ha voluto dare nella sua relazione.

Connesso a questa serie di domande un'altra serie, relativa ad alcuni capitoli, saranno mescolati i quesiti in riferimento alle previsioni dei quali non ho trovato né nella relazione generale, né nelle relazioni accompagnatorie ai due rispettivi disegni di legge.

Volendo cominciare da uno di questi temi, mentre il segno di fronte alle percentuali di variazione è molto spesso meno per quanto riguarda tutto il bilancio della Regione, in alcuni casi è addirittura meno 100%, quando ci si riferisce a capitoli relativi alle materie oggetto delle deleghe, di cui alla legge regionale ultima della scorsa legislatura.

Ho trovato un capitolo che rappresenta percentualmente un incremento di ben oltre il 90% e credo che sia importante, di cui vi è solo una traccia a pag. 6 della relazione accompagnatoria del relativo disegno di legge, ma sarebbe importante emergesse all'interno del dibattito, quantomeno in termini di conferma, da parte del signor Presidente della Giunta regionale, il fatto che al cap. 1 del bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 2005, la previsione passa dall'asestato di 20 milioni e 350 mila euro dell'anno 2004 in corso, a 41 milioni e 500 mila euro per quanto riguarda l'esercizio 2005. Credo sia una controtendenza, rispetto a tutti gli altri capitoli del bilancio della Regione, che merita di essere spiegata ai consiglieri e quindi con loro anche ai cittadini.

Mi pare poi di poter sottolineare una serie di capitoli sui quali sarebbe interessante venisse esplicitata la motivazione, i riferisco al cap. 355 che riguarda il personale, si riferisce ad una tantum, è rimasto evidentemente qualche cosa da pagare, perché pur essendo ridotta in percentuale significativa l'importo di riferimento, se di una tantum si trattava sull'esercizio 2004, va capito perché è riportata anche sul 2005, seppure in misura praticamente uguale a poco meno della metà dell'importo in previsione del 2004.

Credo sia interessante interrogarci in una fase nella quale il ruolo della Regione è stato così puntualmente ridisegnato dal Presidente Durnwalder nella sua relazione, non tanto al fatto che non sono diminuite le spese di rappresentanza, a fronte di una diminuzione di compiti, forse una segnale, sia pur minimo, sul capitolo 75 avrebbe pur potuto significare qualche cosa. Ma ho visto, viceversa, che sono aumentati alcuni capitoli, il cap. 500 ed il cap. 520 in misura anche piuttosto significativa, tanto da farmi chiedere al Presidente della Regione quali siano le nuove adesioni previste per la Regione, in riferimento al cap. 500 e quali nuovi acquisti possano mai essere necessari in misura così sovrabbondante rispetto alle previsioni del 2004, con riferimento al cap. 520.

C'è poi un capitolo molto particolare che ha un'attinenza specifica da sempre con i bilanci delle due Province autonome ed è il cap. 620 che si riferisce all'Orchestra Haydn. Quindi vedendo in esso confermata per il 2005 un'opzione che era stata introdotta in sede di assestamento di bilancio nel 2004 e considerata la primaria valenza culturale di questa istituzione culturale regionale, una parola di riflessione sulle motivazioni di questa conferma di importo a favore della fondazione ed una valutazione da parte dell'ente Regione circa il valore di questa struttura culturale, credo potrebbe tornare utile.

Relativamente al personale, credo sia da capire che la previsione del cap. 680, perché se è vero, come è vero, che larga parte dei capitoli relativi ai costi del personale sono diminuiti per percentuali assolutamente significative, perché il personale è stato trasferito alle Province, vedere un incremento così significativo sul fondo per la contrattazione relativa al personale, mi sembra un po' contraddittorio, a meno che naturalmente non ci siano arretrati contrattuali validi per tutte le categorie del personale, ivi comprese quelle trasferite alle due Province.

Ci sono, viceversa, due capitoli molto particolari, sui quali mi piace intrattenermi brevemente, il cap. 305 è un capitolo relativo alle spese per la realizzazione di iniziative intese a favorire e sviluppare il processo di integrazione europea, questo è descritto molto bene nella relazione e non posso che sottolineare come positiva la diminuzione di questo capitolo, oggetto di particolari problemi di gestione nel corso della scorsa legislatura. D'altro lato più positiva ancora valuto la elencazione delle iniziative che si prevede di finanziare attraverso questo capitolo, auspicando un ruolo di regia regionale, per i singoli obiettivi indicati e quindi auspicando che non ci siano contributi a pioggia, senza verifica della utilità dei progetti che vengono realizzati, sulla base dei finanziamenti previsti in questo capitolo.

Per quanto riguarda la parte relativa al patrimonio, così come descritta alle pagine 16 e 17 della relazione accompagnatoria del relativo disegno di legge, credo sarebbe interessante sapere dove siano state identificate le nuove sedi del libro fondiario e del catasto a Cles, Cavalese e Riva del Garda, il cui valore mi sembra particolarmente significativo all'interno del bilancio. Se mi è concessa una raccomandazione, viceversa, con riferimento alle ipotesi di restauro conservativo di questo palazzo, che è stato ricordato anche nella relazione generale del Presidente, con riferimento all'impianistica in generale, all'adeguamento della sala di rappresentanza, non vorrei riferirmi a nessuno dei colleghi che in queste settimane e mesi hanno commentato il restauro conservativo di quest'aula, ma l'auspicio è senz'altro quello che ci sia una maggiore attenzione da parte degli uffici tecnici, nella fase di progettazione, nella fase di direzione dei lavori, che magari un po' di fantasia da parte di chi farà le proposte al progettista, in modo che il risultato finale sia un po' più adeguato di quello che ci siamo ritrovati a vivere in quest'aula.

Sullo stesso capitolo del patrimonio vorrei esprimere invece un profondo compiacimento per la notizia della prossima conclusione dell'iniziativa, relativa alle opere d'arte di proprietà della Regione e soprattutto per l'ipotesi di realizzazione di un volume in merito ed addirittura di una mostra, avremo così modo di apprezzare, da parte di tutta la popolazione regionale, il patrimonio artistico che è di assoluta rilevanza e che è rimasto in proprietà alla nostra Regione.

Infine ho notato un forte incremento ed è una citazione che pure ritroviamo nella relazione al cap. 2050, relativo agli immobili delle IPAB e credo di poter chiedere, in questo senso, al Presidente della Giunta regionale quale programmazione sia in atto per la spesa di questi 25 milioni di euro che costituiscono un contributo piuttosto significativo nel merito.

Concludo, con riferimento anche ad un tema per il quale ho sottoscritto una proposta di mozione per l'assemblea interregionale che avrà luogo a febbraio, una proposta di mozione non mia, ma del collega Parolari, primo firmatario, riferendomi al cap. 325 "Interventi a favore di Stati extracomunitari colpiti da eventi bellici, calamitosi o in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali", dove vede un incremento di 421 mila euro, ho trovato una traccia di questo nella relazione, però è poco esplicita in merito e chiedo quali possono essere le novità per l'utilizzo di questa somma aggiuntiva.

Queste sono alcune domande di chiarimento che mi sembrano utili per la prosecuzione del dibattito, riservandomi un ulteriore intervento quando saremo sull'art. 16, già più volte citato dai colleghi. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Mosconi. Ne ha facoltà.

MOSCONI: Grazie, Presidente. Se si guarda il tempo, rimane poco meno di un'ora e quindi la previsione che un po' realisticamente facevamo ieri nella riunione dei Capigruppo si è avverata, il rischio era ancora ieri sera di perdere ancora un'altra mezza giornata. Mi permetto di farlo questo appunto, dal punto di vista dell'organizzazione dei lavori dell'assemblea regionale e per certi aspetti di quella delle Province. Si continua a dire che abbiamo poco tempo davanti per approvare il disegno di legge e continuano a saltare giornate, riunioni a non finire. Ieri sera ho invitato la Giunta a fare una scelta di priorità fra il completamento della legge sui comuni e la legge sul bilancio che poteva essere sostituita con l'approvazione dell'esercizio provvisorio. Vogliamo però fare tutto in una giornata e mezzo ed è umanamente, materialmente, fisicamente impossibile.

Ho fatto questa premessa per dire che sarebbe opportuno vedere con un po' di più attenzione l'organizzazione dei lavori d'aula. Non posso peraltro neanche esimermi dall'esprimere un minimo e riassuntivo giudizio politico sulla legge di bilancio che viene proposta all'esame dell'aula e quindi mi riserverò poi, per i singoli contenuti, di intervenire in relazione ai vari articoli di legge dell'articolato. Mi limiterò alla considerazione politica, cercando di essere il più breve possibile.

Ho seguito con attenzione la prima relazione letta dal Presidente della Regione, collega Durnwalder, che già dalle prime pagine, dai primi passi esprime soddisfazione per il lavoro compiuto, se non addirittura esaltazione per ciò che si è realizzato dopo la legge 2 del 2001, legge costituzionale che ha consentito di demolire l'impostazione della nostra autonomia, voluta prima dall'accordo De Gasperi-Gruber e poi confermata nel primo e secondo statuto di autonomia.

Mi rendo conto che sto affrontando un argomento che per alcuni colleghi sarà rifiutato e respinto decisamente, io però insisto comunque nel fare queste valutazioni e queste riflessioni, perché non mi sento assolutamente di far parte di coloro che manifestano soddisfazione e che esultano per il lavoro fatto finora, nel definire la prima manovra programmatica del nuovo ente, così come voluto dalla legge costituzionale del 2001.

Parlare di prima manovra programmatica, di fronte ad un bilancio come quello che stiamo approvando e di fronte ad una legge finanziaria come quella che stiamo esaminando e che vogliamo approvare, è veramente fuori misura, perché una manovra programmatica che si rispetti dovrebbe sicuramente avere contenuti diversi e respiri e spazi più ampi, rispetto a quello che abbiamo modo di leggere. Poi vedrò di essere più chiaro nel proseguo del mio intervento.

Si dichiara quindi soddisfazione, dove noi invece dichiariamo grande rammarico per ciò che è stato fatto a seguito della legge 2 del 2001 e poi ci invita ad un'ulteriore riflessione, quando parla modificando anche il linguaggio di un tempo dei buoni rapporti di collaborazione fra le province di Trento e di Bolzano, affermando che l'informazione reciproca ha permesso il miglioramento della sintonia fra le due Giunte.

Leggendo questo passo verrebbe da dire che prima c'era forse qualche difficoltà di comprensione, adesso che l'effetto separatista si è compiuto fino in fondo, nel senso che le due Province sono reciprocamente autonome nel modo più assoluto, c'è più collaborazione, c'è più respiro. Separati in casa, come si direbbe in una situazione familiare, c'è più informazione, c'è miglior sintonia e questo – dice il Presidente ed è un'affermazione che me la sono segnata, perché la valuto veramente grave come osservazione – *credo sia il modo migliore per passare da una Regione che ormai non c'è più*. Il fatto che si dica che forse dal punto di vista politico, di parte si potrà dire che non esiste più, ma penso sia nella convinzione di tutti e nella necessità da parte di tutti di dare atto che la Regione come istituzione esiste ancora, perché sta scritto nella Costituzione e nello statuto di autonomia, dice: *per passare da una Regione che ormai non c'è più ad una Regione che dovrà essere costruita attraverso la libera e convinta adesione delle due Province*.

Anche qui notiamo di nuovo l'elemento volontaristico, cioè la Regione esisterà e continuerà ad esistere solo in quanto le due Province dichiareranno liberamente che la Regione deve continuare ad esistere, diversamente si può immaginare anche una conseguenza diversa. Se non c'è la volontà delle due Province, evidentemente non esisterà più neanche la Regione, stiamo parlando sempre di Regione come ente e come istituzione.

Quindi ancora una volta dobbiamo prendere atto, è un'ulteriore conferma, i fatti parlando chiaro, ci siamo resi conto da tempo che nella sostanza non esiste più, però quell'ambito geografico ideale, sociale, politico di convivenza regionale, di condivisione sulle scelte più importanti dal punto di vista sociale e politico non esiste più. Non esiste più quell'ambito nel quale le soluzioni dovrebbero essere ricercate obbligatoriamente attraverso la condivisione; non esiste più quell'ambito nel quale la convivenza potrebbe veramente portare a migliorare le condizioni sociali, economiche, politiche della nostra popolazione. Esistono due Province, esistono due enti, ognuno che va per conto proprio e che spontaneamente, liberamente e volontariamente si incontrano per tastare il polso della collaborazione, della sintonia e della condizione e se c'è qualche particolare problema che può essere di interesse regionale, allora si discute non con una deliberazione della Giunta regionale che non ha più competenze, ma suddividendosi gli impegni, 50 a te e 50 a me, come in una società per azioni, oppure quando ci si accorge, in ritardo purtroppo, che su certe tematiche, su certi argomenti, su certe scelte politiche l'ambito regionale era, è e sarà sempre l'ambito più idoneo, ideale per far fronte a questo tipo di problematiche.

Allora andiamo a vedere, abbiamo fatto l'elenco più di una volta, si può immaginare che su meno di 1 milione di abitanti ci siano due Università e che adesso qualcuno pensi di fare addirittura una terza Università? Mi chiedo che razicininio c'è in questo tipo di scelte politiche. Si può immaginare che ci siano due aeroporti, quando non sta in piedi nemmeno uno e già si riprende il discorso che bisogna fare il secondo aeroporto? Si poteva immaginare che un ospedale regionale di grande qualità, di grandi prestazioni e di grande respiro poteva essere la scelta migliore per una popolazione che è meno di 1 milione di abitanti? Si può immaginare che le grandi infrastrutture delle comunicazioni e dei trasporti, della cablatrice del territorio potevano e dovevano essere fatte in

un ambito regionale? Si può dare per scontato che la politica ed il confronto, l'approccio sulla scena europea potrebbe essere fatto in un ambito regionale, per dare forza a tutte due le Province?

Aggiungo anche di più in termini di autocritica. Anche il confrontarsi con il Governo nazionale, con il Parlamento nazionale ha più forza, lo dice il Presidente stesso, lo dice con un punto di orgoglio, come uno dei punti positivi della sua politica, perché dice che abbiamo fatto fronte agli attacchi del Governo. Caro Presidente, sarebbe stato meglio essere più precisi e dire: attacchi di qualche parlamentare del Parlamento italiano e non del Governo, perché non è mai successo nulla per volontà del Governo che fosse contro l'autonomia, contro il sistema della nostra autonomia o a danno delle risorse che provengono sul nostro territorio, grazie alla nostra autonomia.

Qui do ragione al Presidente, quando ci si deve difendere e mi permetto di aggiungere, richiamando il pensiero di qualche collega della maggioranza che la pensa come me, che probabilmente il fare fronte non riguarda solo i governi di centrodestra, ma potrebbe riguardare anche i governi di centrosinistra, perché all'esterno non è tanto il discorso politico che conta o di schieramento, è quel senso di invidia che esiste da parte di altre realtà regionali nei nostri confronti, che potrebbe essere oggetto di qualche modifica forte, decisa, anche da governi di centrosinistra. In questo senso – ripeto ancora una volta – l'ambito regionale sarebbe quello più appropriato e più idoneo.

Quindi il Presidente ci fa capire molto chiaramente che della Regione è rimasta una cornice, la tela è scomparsa, paragonabile ad una grande rapina consumata nel tempo, non esiste più la tela, esiste una cornice bella, sostanziosa, che dovrebbe consentire in un luogo ideale, geograficamente idilliaco, nel quale i due Presidenti si trovano a bere il caffè per concordare qualche strategia comune tra due Province, ben sapendo che ognuno andrà per la propria strada, come è successo ieri, quando abbiamo deciso le indennità dei sindaci.

Ieri ho dato atto al Presidente, ho piacere di farlo anche oggi perché la logica del progressivo allineamento tra Trento e Bolzano l'aveva accettata nella seduta dei Capigruppo, era la cosa più logica da fare. Ieri il collega Molinari si poneva la domanda: è mai possibile immaginare che esistano, a parità di condizioni, di popolazione, di impegno politico, amministratori sindaci di serie A o di serie B, anzi mi sembra che li abbia definiti *minus abens* addirittura quelli del Trentino, rispetto a quelli di Bolzano. Anche in quel caso che la soluzione poteva essere alla portata di tutti, no, niente, la separazione totale ed assoluta, consolidando nel tempo quella che era una diversificazione che si è creata storicamente, che non ha alcuna base.

Il Presidente dice: *Abbiamo inaugurato un nuovo capitolo della nostra storia autonomistica, costruito sulla partnership tra Alto Adige e Trentino secondo il concetto – come ho più volte ripetuto – di “Bolzano con Trento e Trento con Bolzano”*. Si cambia perfino il linguaggio, il modo di esprimersi, non si può più dire *Regione Trentino-Alto Adige* come luogo di convivenza, si deve dire *Trento con Bolzano e Bolzano con Trento*, per distinguere due realtà che possono essere diverse, posso capire che esistono diversità, ma il valore della convivenza sta proprio nel fatto di tenere assieme ciò che è diverso, perché se

fosse tutto unito non servirebbe né il pacchetto di autonomia e neanche le Province.

Quindi siamo ancora una volta sul concetto, a me tanto caro, della convivenza, che purtroppo si indebolisce sempre di più.

Questi aspetti, Presidente, - so che la pensiamo diversamente, ma forse neanche tanto - mi inducono sicuramente ad annunciare il voto contrario sul bilancio e sulla manovra finanziaria da parte del gruppo che rappresento.

Per quanto riguarda il bilancio - ultima osservazione e poi chiudo - varrebbe anche la pena chiedersi, visto che è stato raggiunto questo risultato che ha creato soddisfazione, del fatto che la Regione è stata scardinata e vanificata nella sua essenza anche istituzionale per qualcuno, verrebbe da chiedersi per quale motivo 750 miliardi di soldi pubblici sono ancora nei bilanci della Regione.

Si parla di sobrietà, si parla di risorse che andranno a diminuire nel tempo, si fa un po' di lamentazione, la fa anche il Presidente quando dice: *E' evidente che questo mutamento di tendenza non può essere considerato eccezionale e quindi dovremo abituarci ad un flusso finanziario che nella migliore delle ipotesi sarà costante.* Sembra la classica lamentazione di quando ci si riferisce al Governo nazionale, prendiamo meno soldi e possiamo spendere meno e quindi la responsabilità sta sull'esterno. Stavolta bisogna dare atto che nel bilancio si riconosce che se nel 2005 le entrate che riguardano trasferimenti tributari non solo non calano, ma crescono dell'1,76% e vanno a costituire circa il 94% dell'intero bilancio.

Quindi sappiamo che le risorse disponibili provengono da quella parte, calano invece le entrate extratributarie, quelle che si potrebbero definire le entrate proprie dell'ente, perché essendo state trasferite le competenze alle due Province, evidentemente i tributi catastali, quelli del lotto, il rimborso dei mutui per gli enti locali e per la popolazione vanno a finire nei bilanci della Provincia. In questo senso penso si riferisca il Presidente.

Un bilancio come questo, non voglio banalizzarlo, ma potrebbe essere gestito da una struttura di una ventina di persone, non molte di più per la gestione del bilancio. Abbiamo trasferimenti alla Provincia per ben 139 milioni e 150 mila euro, che rappresentano il 36,94%, quindi si tratta solo di firmare un mandato per trasferimenti di fondi.

Abbiamo il personale che incide ancora per 23 milioni di euro, quasi 50 miliardi per il personale che rimane ancora in capo alla Regione e qui si concretizza quel problema che avevamo annunciato nella scorsa legislatura, quando si diceva: cosa andrà a fare il personale, visto che in gran parte viene assorbito dalle Province, ma rimane comunque una certa quantità che non si sa cosa andrà a fare.

Abbiamo gli stanziamenti per la previdenza integrativa, per lo stato sociale, per gli enti locali, abbiamo interventi in conto capitale per 24,30% e quindi dal punto di vista della manovra programmatica - come la definiva il Presidente all'inizio della sua relazione - posso parlare solo per grandi numeri, per aggregati di bilancio, non si può entrare nei minimi dettagli, lo faremo sui singoli articoli, abbiamo un bilancio che si per sé è di una semplicità unica. Evidentemente se si possono fare dei rilievi, si fanno di natura politica su quella che è la volontà dichiarata, attraverso le cifre dell'esecutivo regionale.

C'è una parte del bilancio che giustificerebbe qualche economia in più, ho premesso che non entro nel merito dei singoli articoli, quindi mi tengo

fedele alla promessa, ma se si parla di sobrietà e si comincia a parlare sui bilanci della Provincia, almeno di quella di Trento, di cali di risorse e di disponibilità, forse varrebbe la pena fare una riflessione in più, per quanto riguarda il rapporto finanziario fra la Regione e le Province e quindi vedere di utilizzare al meglio le risorse che ancora cospicue stanno all'interno del bilancio regionale.

Per tutti questi motivi, anche perché siamo all'opposizione, quindi ci mancherebbe che andassimo ad approvare il bilancio della Regione, il nostro non potrà essere un voto favorevole.

Vizepräsident Denicolò übernimmt den Vorsitz Assume la Presidenza il Vicepresidente Denicolò

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Morandini hat zum zweiten Mal für vier Minuten das Wort.

MORANDINI: Ho capito benissimo, Presidente. Per semplificare un po' l'esito del mio breve intervento, volevo porre qualche domanda al Presidente Durnwalder.

Primo, PensPlan. C'è menzione a pag. 24 della sua relazione. Vorrei sapere qualcosa di più, perché è dal 1996, con la relativa legge di allora, che ogni anno la Regione – parlo in termini di lire – dirotta su PensPlan circa 50 miliardi all'anno. Poi chiedevo qual è la cifra annuale e se è possibile anche avere una relazione sull'attività di PensPlan. Glielo chiedo oralmente in questa assemblea, certo che lei non mi costringerà a fare un'interrogazione su questo, quindi mi faccia avere, per cortesia, relazione documentale, perché lì ogni anno la Regione dirotta soldi, ma sinceramente una prospettiva chiara su questo non è. Nel mentre si fanno le pulci su altri versanti in cui si investe in politiche familiari e si continua a tagliare, vedasi pensione casalinghe, su PensPlan non si dice niente, si continua a buttare lì soldi, ma la prospettiva dove si finisce è tutt'altro che chiara.

Secondo. Le chiedo cosa intende concretamente per cooperazione transfrontaliera, che cosa la Regione ha in animo di fare per mettere in campo, per mettere in atto, per declinare questa collaborazione transfrontaliera.

Terzo. Se non ritenga, tanto più in questa fase in cui c'è un tentativo di livellamento a livello nazionale tra le regioni a statuto speciale e le regioni a statuto ordinario, a cui anche la Corte costituzionale, ogni tanto, con qualche sentenza dà un contributo, se non ritenga invece che anche per questa ragione sia importante valorizzare il ruolo della regione, perché questo livellamento, secondo me, non ha da essere. Se a suo tempo il legislatore costituzionale ha pensato alle regioni a statuto speciale, perché c'erano ragioni di tradizione, di cultura, di lingua, eccetera, che militavano nel senso di pensare di configurare le autonomie speciali e quindi che cosa intenda fare la Regione su questo versante.

Quarto. Quanti dipendenti regionali sono rimasti in capo alla Regione? Questa è una domanda che mi sta a cuore.

Ultimo. Cosa si intende fare, perché la Regione non sia ridotta, come ormai è ridotta da tempo, ad essere praticamente un mero ufficiale pagatore nei confronti delle Province, quindi se non si intenda pensare a qualche funzione

sua propria che la qualifichi, tanto più in prospettiva, tanto più verso il futuro. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Kollege Leitner, Sie haben das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich werde hier die Arbeiten sicherlich nicht aufhalten. Ich möchte aber schon ein paar Fragen zu Art. 16 stellen. Kollege Pöder hat hier die Problematik bereits aufgegriffen und es ist bezeichnend, dass im Bericht auf dieses Problem nicht hingewiesen wird, wobei es sich doch um einen sehr umfangreichen Artikel handelt. Das war schon bei den Bürgermeistergehältern so, da schien auch das der wichtigste Artikel zu sein, nachdem das Familienpaket herausgenommen worden ist. Der einzige Artikel von unserer Seite, wo es wirklich um etwas Entscheidendes geht und ich stelle hier zusätzlich zu denen, die Kollege Pöder schon angesprochen hat, einfach ein paar Ungereimtheiten fest. Es wird also aufgrund neuer Bestimmungen des Zivilgesetzbuches ein Amt für das Genossenschaftsregister eingerichtet und es heißt „bis zur einheitlichen Überarbeitung der Regionalbestimmungen auf dem Sachgebiet der Aufsicht über die Genossenschaften und in Anwendung der neuen Bestimmungen“ wird Folgendes beschlossen. Frage: Wann ist mit einer einheitlichen Überarbeitung der Regionalbestimmungen zu rechnen und was beinhalten diese genau? Dann komme ich auf das Problem, das ich hier einfach habe, zurück. Es wird zweimal auf die Landeskommission des Genossenschaftswesens hingewiesen, die bekanntlich während der Anhörungen und Ermittlungen in Sachen Milkon-Gastrofresh-Affäre abgeschafft worden ist. Das wird für die Kollegen des Trentino nicht ganz klar sein. Wir haben eine Untersuchungskommission im Südtiroler Landtag, die genau eine Materie untersucht, wo es auch um diese Kontrolle geht und wo die Genossenschaftskommission mit einer einfachen Verwaltungsmaßnahme, nämlich mit einem Beschluss der Landesregierung, abgeschafft worden ist. Jetzt wird hier dreimal auf diese Landeskommission hingewiesen und zwar auf Seite 25, wo es heißt: „...verfügt die Landeskommission die Streichung und Eintragung von Amts wegen usw. „, dann auf Seite 27, wo es heißt: „Nach Anhören der gebietsmäßig zuständigen Landeskommission für die Genossenschaften...“. Zumindest in Südtirol gibt es diese nicht mehr und im Trentino wurde sie offensichtlich nicht abgeschafft. Wird sie jetzt wieder eingeführt, vielleicht weil die Milkon-Affäre abgeschlossen ist? Jetzt wo man sie ja nicht mehr braucht, wird man sie wieder einführen. Und auf Seite 28 im vorletzten Absatz, wo es wieder heißt: „die gebietsmäßig zuständige Landeskommission bestätigt...usw.“. In Südtirol gibt es sie nicht mehr. Wird sie jetzt nun wieder eingeführt? Das sind die Fragen, die ich hier ganz klar stellen möchte, denn da kennt sich wirklich keiner mehr aus. Eines ist die Schaffung dieses neuen Amtes, das Amt für das Genossenschaftsregister, aber es wird hier die Landeskommission für das Genossenschaftswesen erwähnt, obwohl sie in Südtirol abgeschafft worden ist. Jetzt die Frage, wie soll das alles koordiniert werden? Hier versteht man eigentlich nichts mehr. Entweder ist dies so gewollt oder dies ist fälschlicherweise oder ungeschickterweise so formuliert worden. Darauf möchte ich schon gerne eine Antwort erhalten, um auch die weiteren Arbeiten dieser Kommission besser bewerten zu können.

PRÄSIDENT: Danke!

Frau Kury, stimmt es, dass Sie sich gemeldet haben?

KURY: Ja, Herr Präsident, Sie haben ganz richtig gesehen. Wenn ich allerdings Ihre Frage richtig interpretiere, möchten Sie mich indirekt dazu auffordern, mich kurz zu fassen? Ich kann Ihrem Wunsch hundertprozentig entsprechen, Herr Präsident.

Allerdings möchte ich hier doch noch drei Dinge anbringen. Zum einen, dass ich die Euphorie des Präsidenten des Regionalausschusses nicht teilen kann, die er in seiner Rede zum Ausdruck bringt. Aber über Sinn und Zweck der Region glaube ich, macht es jetzt nicht viel Sinn, ausgiebig zu diskutieren. Nur ein Missverständnis möchte ich aufklären: Der Regionalrat lebt nicht davon, weil sich vielleicht - wenn man Glück hat - die zwei Landesregierungschefs gut verstehen. Davon lebt nicht der Regionalrat und eine zukünftige Rolle der Region setzt voraus, dass es parlamentarische Regeln gibt, dass der Regionalrat die Regionalregierung dazu verpflichten kann und da fehlt es grob. Insofern kann ich Ihre Euphorie nicht teilen, auch nicht, wenn Sie sagen, dass die Zusammenarbeit mit Tirol so toll ist. Wenn ich an die wesentlichen Probleme denke, mit denen wir uns heute am 1. Dezember auseinandersetzen haben, so ist es der Verkehr: Wenn ich daran denke, dass auf der Autobahn momentan durch Südtirol und durch das Trentino, die Lkws, die einer schlechteren Kategorie angehören als jene von Privaten, die heute ausgesperrt werden, trotz Fahrverbot ungehindert durchdonnern, dann kann ich leider Gottes nichts von dieser tollen Zusammenarbeit in wesentlichen Bereichen erkennen. Es wäre ein langer Diskurs, aber der Vizepräsident hat mich freundlich dazu aufgefordert, ich möge mich nicht lange aufhalten und damit komme ich seinem Wunsch entgegen.

Zum zweiten: Die Effizienz dieses Gremiums. Wir sind heute hier und behandeln das dritte Gesetz, mit Ach und Krach den Haushalt, im Juli den Nachtragshaushalt, jetzt das zweite Gesetz zum Haushalt und in der Zwischenzeit die Lex Durnwalder. Effizient kann ich das nicht nennen, wenn wir wesentliche Bereiche wie Gemeindeordnung, wie Welfare immer wieder vor uns herschieben, weil sich die Mehrheit leider Gottes nicht einig ist. Aber Effizienz kann ich es nicht nennen, wenn wir mit dem dritten Gesetz, das wir hier verabschieden, bereits wieder das erste abändern. Ich beziehe mich auf die Änderung in Ihrem Vorschlag zur Abänderung des Nachtragshaushalts, den wir vor nicht einmal sechs Monaten verabschiedet haben. Effizienz kann ich es nicht nennen, vielleicht Beschäftigungstherapie für einen Rat, der sonst nichts mehr zu tun, aber unter Effizienz würde ich etwas anderes verstehen.

Ich möchte auch noch ankündigen, dass wir die Bedenken der Vorredner Pöder und Leitner zu Art. 16 Absatz 5 hundertprozentig teilen, nämlich die widersprüchliche Diktion, dass den Verbänden weiterhin die Aufsicht bzw. die Revisionskompetenz übertragen wird, und parallel dazu feststellen, dass diese Revisionen jedoch von einem im Register eingetragenen Revisor gemacht werden müssen. Ich bin auch der Meinung, dass in diesem Falle die Staatsgesetzgebung nicht respektiert wird, vor allem was die großen Genossenschaften betrifft, die einen Umsatz von 80 Millionen Lire haben, nämlich jene, die im Staatsgesetz von 1992 definiert sind.

Ein letztes: Ich würde mir sehr wünschen, dass mir der Landeshauptmann eine Antwort auf meine Frage gibt. Wir haben im Nachtragshaushalt bereits etwas beschlossen, das nicht unbedingt auf die Zustimmung der Menschen gestoßen ist, nämlich die 1,5 Millionen Euro an die Airalps. Ich frage Sie deshalb jetzt: Ist diese Summe bereits ausgezahlt worden? Ich würde zudem gerne folgende Fragen stellen: Im Juli haben wir beschlossen und spätestens im August hat alle Welt davon gesprochen, dass diese Fluggesellschaft nahe an der Pleite ist. Meine Frage: Wieso haben Sie uns in dem Augenblick, wo Sie uns den Vorschlag einer Beitretung zur Gesellschaft unterbreitet haben, nicht seriös über die finanzielle Situation dieser Gesellschaft informiert? Dies zum ersten. Sollten Sie dies nicht gewusst haben, dann wäre das auch sträflich, weil die Situation zumindest auf Gerüchteebene mehr als klar war. Sollten Sie dies gewusst haben, denke ich, ist es sträflich, da Sie uns nicht seriös darüber informiert haben. Zur nächsten Frage: Ich würde mir sehr wünschen, Herr Landeshauptmann, dass sie uns bevor der Betrag ausgezahlt wird, doch noch einmal Rechenschaft abgeben, wie Sie denken, dass diese Fluggesellschaft die 4 Millionen Euro decken wird. Diese Gesellschaft hat zwar „einen Sanierungsplan“ vorgelegt, der von Sanierung wenig an sich hat, da dieser a) weiterhin 20 Millionen Schulden beinhaltet und b) ein Finanzloch von 4 Millionen Euro nach dem Gott sei Dank ausgesprochenen Nein der Brennerautobahn aufweist. Zwar haben die Wirtschaftstreibenden bzw. die Unternehmer, die sich in der Alpenair zusammengeschlossen haben, diese Verpflichtung übernommen, aber zwischen einer Verpflichtung übernehmen und tatsächlich dann auch zahlen, sind offensichtlich Welten gewesen, denn sonst wäre das finanzielle Schlamassel ja nicht da. Insofern würde ich Sie und die Regionalregierung ersuchen, hier verantwortlich mit öffentlichen Geldern umzugehen und sich nicht in ein Abenteuer zu stürzen, wobei man sich auf Landesebene und auf regionaler Ebene weiterhin an diesem Kapital beteiligt, um in Zukunft unverhältnismäßig an allen Verlusten mitbeteiligt zu sein. Das wäre verantwortungslos und ich würde den Präsidenten ersuchen, uns morgen genaue Auskunft darüber zu geben, wie die Regionalregierung hier vorzugehen gedenkt. Mindestens die Information nachholen, die uns im Juli hier versagt wurde.

Assume la Presidenza il Presidente Magnani Präsident Magnani übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Molinari. Ne ha facoltà.

MOLINARI: Volevo chiederle conferma, Presidente, mi sembra pleonastico, ma visto l'andamento delle cose mi sembra altrettanto necessario, della vigenza della convocazione che noi abbiamo in mano per le riunioni di oggi e di domani ed in particolare su due punti: il primo, che la seduta pomeridiana di domani è prevista con inizio ad ore 15.00, difformemente da quanto è accaduto nei giorni precedenti che era alle ore 14.30; in seconda battuta la conferma dei punti in trattazione nella seduta di domani, in modo che non ci ritroviamo con decisioni notturne che ci modificano i temi in trattazione.

Detto questo, sempre sull'ordine dei lavori, mi permetto di chiedere, se il Presidente del Consiglio regionale non ritenga di chiamare la Giunta regionale ad essere presente in aula, tutta quanta, nella circostanza della discussione e approvazione della manovra di bilancio 2005, che dopo i singoli assessori siano presenti in aula sull'uno e sull'altro tema, può avere un significato per l'economia dei lavori della Giunta, ma nel momento in cui si parla del bilancio dell'anno 2005, reputo sia necessaria la presenza dell'intera Giunta in aula.

Da ultimo, signor Presidente, sull'ordine dei lavori, atteso che lei è responsabile in materia, il Presidente pro tempore è scritto sui cartelli, torno su un tema che ho già rappresentato in quest'aula, vale a dire sul fatto che non è rispettato dai colleghi e dai visitatori il divieto di fumo negli atri di questo Consiglio. Quindi in questo momento lo dico in quest'aula, la prossima volta dovrò impegnarmi, secondo le previsioni di legge, sulla base di chi è il responsabile della materia, come è scritto sui cartelli negli atri. Grazie.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere. Voglio dire che i lavori, dopo la replica del Presidente, si chiudono e domani continuiamo con i punti all'ordine del giorno n. 2, n. 3 e n. 4, già preordinati; finiti questi tre punti faremo una sospensione per una riunione dei capigruppo e per organizzare la prosecuzione dei lavori, che sarà fatta, come abbiamo pattuito fino ad ora, sul disegno di legge dei comuni.

Per quanto riguarda il divieto di fumo, mi attiverò a far sì che gli organi di vigilanza intervengano, a norma di legge, per chi non rispetterà quanto previsto dai cartelli.

Concedo la parola al Presidente della Giunta regionale.

DURNWALDER: Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich hoffe, dass auch Kollege Giovanazzi damit einverstanden ist, dass ich deutsch rede. Ich glaube schon, dass ich das Recht habe, auch in dieser Zusammensetzung hier meine Muttersprache zu gebrauchen, ansonsten dürfen sich die Trentiner nicht wundern, dass wir von dieser Region nicht recht viel halten können, wenn jemandem verfassungsrechtlich zugeordnete Rechte irgendwie angezweifelt werden. Ich wundere mich sehr, dass dem Kollege Molinari gerade bei dieser Debatte der Rauch einfällt. Ich glaube schon, dass bei diesem Haushalt etwas Konkretes dabei ist und nicht nur Rauch.

Nun aber zu den einzelnen Problemen. Ich möchte gleich bei der Kollegin Kury beginnen und zwar von hinten nach vorn. Ich möchte nicht jeden einzelnen zitieren, sondern nur auf die meisten Fragen eingehen, die hier gestellt worden sind, wobei vieles anders bewertet und wieder aufgeworfen worden ist, obwohl es von unserer Seite her bereits gesagt worden ist. Ich glaube, dass es keinen Sinn hat, nochmals einen zweiten Bericht zu machen. Wenn Kollegin Kury Airalps sagt, so glaube ich, haben wir genügend darüber geredet und es hat keinen Sinn, dass ich jetzt darüber wieder eine Debatte führe. Tatsache ist, dass wir ein Sanierungskonzept verlangt haben, dass wir den Beitrag noch nicht liquidiert haben, aber dass uns ein Sanierungskonzept vorgelegt worden ist, das zeigt, dass auch die privaten, auch die einzelnen Körperschaften bzw. die einzelnen Bankinstitute die entsprechenden Opfer wirklich gebracht haben. Beide haben auf über 10 Millionen Euro verzichtet und ich glaube schon, dass man sagen muss, dass sie ihren Beitrag geleistet

haben. Zur Sanierung bringen die Privaten nochmals 5,5 Millionen Euro auf. Ich glaube auch hier ist zu sagen, dass die Privaten wirklich interessiert und bestrebt sind, eine Sanierung durchzuführen. Frau Kollegin Kury hat noch gesagt, dass der Bericht zu optimistisch wäre. Ich bin der Meinung, dass wir wirklich versuchen, zwischen Trient und Bozen zusammenzuarbeiten und dass wir in diesem Bereich effektive Fortschritte gemacht haben. Ich bin seit 32 Jahren in diesem Regionalrat. Ich muss sagen, dass die Zusammenarbeit noch nie so gut war, wie sie heute ist: Wir haben offen miteinander geredet, haben zwischen Trient und Bozen über die einzelnen Probleme diskutiert und wir sind gemeinsam nach Brüssel und nach Rom gefahren, um Probleme zu verteidigen bzw. zu lösen. Ich glaube, wir können wirklich sagen, dass es heute eine offene Zusammenarbeit zwischen Bozen und Trient gibt. Wenn hier gesagt worden ist, dass man nicht nur zwischen Trient und Bozen und zwischen Trient, Bozen und Innsbruck zusammenarbeiten sollte, sondern auch mit den anderen umliegenden Gebieten, so bringe ich zum Ausdruck, dass wir das auch tun. Jeder wird aber zugeben, dass wir die Hauptzusammenarbeit vor allem in die Nord-Süd-Richtung haben müssen und zwar vor allem was Verkehrsprobleme, die Sanierung von Wasserläufen usw., irgendwelche konkrete Form im Bereich der Sanität, des Umweltschutzes anbelangt. Das heißt, dass wir mit Nordtirol mehr zu tun haben als mit der Lombardei oder mit Belluno, weil wir die gleichen Voraussetzungen haben und deshalb ist es wohl selbstverständlich, dass sei es die Einrichtungen der Region und der beiden Länder, sei es auch die einzelnen Einrichtungen innerhalb dieser Länder aufgrund der geschichtlichen Bedeutung mehr mit Nordtirol, Trentino und Südtirol zusammenarbeiten. Ich glaube, dass wir in Zukunft diese geschichtliche Form der Zusammenarbeit weiterführen werden. Es ist sehr viel über den Sinn der Region gesagt worden. Je nach dem von welcher Seite man es sieht. Wir haben immer gesagt, die Region wäre nicht unbedingt notwendig, aber die Region ist halt in der Verfassung vorgesehen. Wir können die Region nicht abschaffen. Wir müssen schauen, dass wir das Beste aus der Region machen, in der Form, dass die Region nicht unbedingt ein Mittel sein muss, um uns auseinander zu reißen, sondern dass die Region die Möglichkeit ist, innerhalb welcher wir innerhalb der Provinzen zusammenarbeiten können und ich glaube, dass wir das auch gesagt haben. Jeder einzelne kann seine Meinung, seine politische Einstellung zur Region behalten, ganz gleich ob es Herr Mosconi, Herr de Eccher, Herr Dellai oder ich bin. Ich glaube, wir haben alle unsere Auffassungen. Tatsache ist, dass wir eine Verfassung haben. Tatsache ist, dass wir auch ein Gesetz haben, laut dem wir gewisse Kompetenzen an die beiden Länder delegiert haben. Diese Delegation ist vorgenommen worden und ich darf jedem einzelnen sagen, dass diese Materien, die delegiert worden sind - so wie es auch die Verfassung d.h. das Autonomiestatut vorsieht - von den einzelnen Ländern gut verwaltet und aufgenommen worden sind. Ich darf Ihnen sagen, dass diese Materien sicherlich gut im Sinne der Bürger verwaltet werden, was ja wohl der Sinn und Zweck ist. Jeder Einzelne weiß, dass das Autonomiestatut vorsieht, dass diese Delegation vorgenommen wird. Wir haben dies durchgeführt und ich glaube schon, dass wir gut daran getan haben und dass wir heute diese Region gut verwalten. Selbstverständlich haben wir dann einerseits die Finanzmittel entsprechend anpassen müssen. Sie dürfen sich nicht wundern, dass gewisse Kapitel entsprechend reduziert werden müssen und gesagt wird, dass an die

beiden Länder größtenteils Kosten überwiesen werden. Selbstverständlich, wenn Materien delegiert werden, wo viel Personal ist, dann ist es selbstverständlich, dass auch die Geldmittel entsprechend sind. Wenn es 140 Millionen Euro ausmacht, dann macht es halt 140 Millionen Euro aus. Wir haben nur das delegiert, was die Region ansonsten auch hätte zahlen müssen. Es ist auch von einigen gesagt worden, warum jetzt vor allem auch für den Ankauf von Liegenschaften usw. Geld vorgesehen ist. Wir haben eben ein Programm vereinbart, das - um die delegierten Kompetenzen verwalten zu können - entsprechende Einrichtungen vorsieht. Wir müssen diese vereinbarten Sitze noch ankaufen und deswegen braucht es auch das betreffende Geld. Oder wenn gesagt worden ist, wir sagen einerseits wir sparen und auf der anderen Seite wären wir hergegangen und hätten vor allem die Geldmittel des Kapitels bezüglich des Regionalrats von 21 auf ungefähr 41 Millionen erhöht. Dies deswegen, weil wir sagen, wir möchten jetzt noch die Rückstände, was die Abfertigung bzw. die Renten der Regionalratsabgeordneten anbelangt, noch in den nächsten drei Jahren abdecken, damit in Zukunft keine diesbezüglichen Kosten mehr vorhanden sind. Das ist nicht eine Ausgabe des Regionalausschusses, sondern des Regionalrates, d.h. für die einzelnen Abgeordneten. Wenn dies das Gesetz vorsieht, so sind wir dazu gezwungen, dies auch zu tun. Das gleiche gilt für den Pensplan. Auch hier haben wir vorgesehen, dass die vereinbarten Summen einfach an den Pensplan überwiesen werden. Ich glaube, das sind 25 Millionen Euro. Wir haben dies getan, weil wir ein diesbezügliches Gesetz haben.

Was die Mitarbeiter anbelangt, so haben wir jetzt etwas mehr als 330 Mitarbeiter, davon ungefähr 130 beim Friedensgericht und ungefähr 200 sind noch bei der Region. Dieses Personal wird abgebaut, indem jene Leute, die in Pension gehen, nicht mehr ersetzt werden, soweit sie nicht unbedingt notwendig sind, und der eine oder andere auch auf die beiden Länder übergehen wird. Wir werden auch hier sicher keine Obstruktion machen.

Was den Rotationsfonds anbelangt, der an die Gemeinden gegangen ist: Nachdem wir einen Rotationsfonds gehabt haben und nachdem sich das Zinsgefüge in letzter Zeit geändert hat, haben wir gesagt, dass die beiden Länder, die über diese Geldmittel verfügt haben, entscheiden sollen, was sie mit diesem Rotationsfonds tun, ob sie ihn auflösen wollen, wobei die Rückflüsse für Investitionen verwendet werden, oder nicht. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass die beiden Länder, die darüber verfügen, jetzt aufgrund des neuen Zinsgefüges die betrieblichen Entscheidungen treffen sollten.

Was die Bürgermeister anbelangt, so hat es keinen Sinn, dass ich erneut das wiederhole, was wir bereits in der letzten Zeit immer wieder gesagt haben. Ich glaube, dass es richtig ist, die Bürgermeister ordnungsgemäß zu bezahlen. Wir hätten angeboten, dass man die Annäherung zwischen Trient und Bozen machen sollte. Man hat eine andere Entscheidung getroffen. Letzten Endes ist es so, dass wir immer gesagt haben, wir möchten jetzt nicht eine Verteuerung der Gemeindeverwaltung in der Form vornehmen, dass wir die Gehälter weiß Gott wie viel erhöhen. Dies wäre aber auch ungerecht, wenn wir jetzt hergegangen wären und die Gehälter gekürzt hätten. Ob das jetzt für das Trentino sinnvoll ist oder nicht, es ist jedenfalls mehrheitlich so beschlossen worden und dabei sollten wir auch bleiben.

Was vor allem die Revisionszuständigkeiten der Genossenschaften anbelangt, so wird im Grunde genommen nicht viel geändert. Auch heute ist es so, dass die Revisionsverbände die Revision der Genossenschaften vornehmen. Ich glaube schon, dass wir dies beibehalten sollten. Wir alle wissen, welche Bedeutung das Genossenschaftswesen für unser Land hat und die Tatsache, dass zwischen Beratung und Revision irgendein Interessenskonflikt sein sollte, das sehe ich nicht ein. Es wird diesbezüglich nichts geändert. Es sind ganz getrennte Abteilungen. Die Revisionsabteilungen bei den Genossenschaftsverbänden sind separat verwaltet und ich glaube, dass wir diesbezüglich auch sagen können, dass grundsätzlich nicht viel geändert wird.

Das wären die Hauptpunkte, die hier aufgeworfen worden sind. Das Übrige sind mehr oder weniger Bewertungen über die Region, Bewertungen über die entsprechenden Kosten, Bewertungen über den Haushalt. Ich kann niemandem seine Auffassungen nehmen. Auf jeden Fall haben wir unsere Auffassung klar dargelegt und zu den wichtigsten Sachen habe ich auch Stellung genommen. Ich glaube, dass wir sagen können, dass es sich um einen Haushalt handelt, der sicher dazu beiträgt, dass die wichtigsten Probleme der Region auf beste Art und Weise gelöst werden können.

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale ed il Consiglio regionale è convocato per domani ad ore 10.00.

La seduta è tolta.

(ore 18.06)

INDICE	INHALTSANGABE
---------------	----------------------

<p>DISEGNO DI LEGGE N. 19 Disposizioni per la formazione del bilancio annuale 2005 e pluriennale 2005 - 2007 della Regione autonoma Trentino-Alto Adige (legge finanziaria) - <i>(presentato dalla Giunta regionale)</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 1</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 19: Bestimmungen für die Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2005 und des mehrjährigen Haushaltes 2005-2007 der Autonome Region Trentino-Südtirol (Finanzgesetz) - <i>eingbracht vom Regionalausschuss</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 1</p>
--	---

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

de ECCHER Cristiano (ALLEANZA NAZIONALE)	pag.	1-21-36
DURNWALDER Alois (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	1-2-54
GIOVANAZZI Nerio (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	2
LENZI Giovanni Battista (MARGHERITA A.A.)	"	20
DIVINA Sergio (LEGA NORD - TRENTINO - PADANIA)	"	21
MORANDINI Pino (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	26-50
MAIR Ulli (DIE FREIHEITLICHEN)	"	32
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	34
HOLZMANN Giorgio (ALLEANZA NAZIONALE)	"	38
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	39
MOLINARI Claudio (CIVICA MARGHERITA)	"	43-53
MOSCONI Flavio (FORZA ITALIA)	"	46
LEITNER Pius (DIE FREIHEITLICHEN)	"	51
KURY Cristina Anna Berta (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	52